



## Brüssel, das neue Rom?

### Ostexpansion, Nachbarschaftspolitik und das Empire Europa

von Jürgen Wagner

#### INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung	S. 2
2. Die Phänomenologie eines Imperiums	S. 4
2.1 Imperiale Mission	S. 4
2.2 Entsouveränisierung und die Einmischung in innere Angelegenheiten	S. 4
2.3 Dauerhaftes Zentrum-Peripherie-Gefälle	S. 5
2.4 Fortdauernder Expansionsdrang bis hin zur direkten Kolonisierung	S. 5
3. EUropas imperiale Mission: Altruismus oder nacktes Eigeninteresse?	S. 5
3.1 Moralisches Imperium	S. 6
3.2 Das sicherheitspolitische Empire	S. 7
4. Die Osterweiterung und die Peripherisierung Osteuropas	S. 8
4.1 Die EU-Osterweiterung: Zwischenstation auf dem Weg zur Supermacht	S. 8
4.2 Das imperiale Design der EU-Osterweiterung	S. 11
4.3 Qui bono? Die Ausplünderung Osteuropas	S. 12
4.4 Die EU-Osterweiterung: eine Erfolgsgeschichte?	S. 13
4.5 Osteuropa - das permanente Armenhaus am Rande Europas	S. 14
5. Die Imperialisierung der EU und ihre neue Zentrum-Peripherie-Struktur	S. 16
5.1 Stimmgewichtung: vertraglich verankerte Machtverschiebung	S. 16
5.2 Die institutionelle Verankerung Kerneuropas	S. 19
6. Expansion ohne Erweiterung – die Europäische Nachbarschaftspolitik	S. 21
6.1 Das doppelte Dilemma des EU-Expansionsdrangs	S. 22
6.2 Die Genese der ENP	S. 22
6.3 Our size fits them all!	S. 23
7. Binnenmarkt und Battlegroups: EUropas Imperialer Kolonialismus	S. 25
7.1 Policing the Empire	S. 25
7.2 Die EU-Kolonien Bosnien und Kosovo	S. 27
7.3 Grenzen des Imperiums?	S. 28
8. Plädoyer für eine anti-imperialistische Bewegung	S. 30

## 1. Einleitung

„Ein Gespenst geht um in Europa - das Gespenst des Imperiums.“

Alan Posener<sup>1</sup>

“Der Europäische Superstaat ist tot, lang lebe das Europäische Imperium!”

Jan Zielonka<sup>2</sup>

“Die postmoderne Antwort Europas auf existierende Bedrohungen besteht in der kontinuierlichen Ausweitung des Systems eines kooperativen Imperiums. ‘Ich habe keine andere Möglichkeit meine Grenzen zu verteidigen, als sie auszuweihen’, sagte Katharina die Große - und die Europäische Union scheint manchmal exakt dasselbe zu sagen.”

Robert Cooper<sup>3</sup>

Der Untergang der Sowjetunion eröffnete der Europäischen Union erstmals die Perspektive für einen Aufstieg zur Supermacht, stellte zugleich aber auch eine immense Herausforderung dar. Während die EU in dem relativ starren bipolaren System des Kalten Krieges einen festen, wenn auch untergeordneten, Platz als Juniorpartner der USA innehatte, ermöglichte der Wegfall dieser existenziellen Bedrohung die schrittweise Emanzipation von der einstigen Schutzmacht, mit der man sich künftig, so der erklärte Anspruch, „auf gleicher Augenhöhe“ bewegen will. Zudem verschärfte sich im Rahmen der Globalisierung nicht nur die - vor allem wirtschaftlich ausgetragene - Konkurrenz mit den USA, mit China und Indien traten auch neue Wirtschaftsblöcke auf die internationale Bühne, die über das Potenzial verfügen, die Europäische Union machtpolitisch-ökonomisch zu überflügeln.

Die Union nahm diese Herausforderung an und gab schließlich mit der Lissabon-Strategie im Jahr 2000 das ehrgeizige strategische Ziel aus, zur Weltwirtschaftsmacht Nummer eins aufsteigen zu wollen. Hierfür war aber, darüber war man sich in Brüssel schon früh einig, nicht nur ein radikaler neoliberaler Umbau nach Innen notwendig, sondern dies erforderte ebenso die aggressive Erschließung neuer Märkte der Staaten im europäischen Großraum (und zunehmend auch darüber hinaus) über deren periphere Integration in die Europäische Wirtschaftszone. Vor diesem Hintergrund tat sich mit den Staaten Mittel- und Osteuropas ein hierfür

1 Alan Posener: Imperium der Zukunft. Warum Europa Weltmacht werden muss, München 2007, S. 11.

2 Jan Zielonka: Europe as Empire: The Nature of the Enlarged European Union, New York 2006, S. v.

3 Cooper, Robert: The Breaking of Nations: Order and Chaos in the Twenty-First Century, London 2003, S. 78.

erforderliches Expansionsgebiet auf. Herfried Münkler, einer der wichtigsten Ideologen der neuen europäischen Außenpolitik<sup>4</sup>, fasst diese Überlegungen und Ambitionen bündig zusammen: „Der Erweiterungsprozess der EU ist nicht zuletzt darum so zügig über die politische Bühne gegangen, weil die einzelnen europäischen Staaten die Gefahr ihrer Marginalisierung deutlich vor Augen hatten. Die EU-Erweiterung ist demnach - auch - eine Antwort auf die Globalisierung: Da ein Großteil des Außenhandels der EU-Staaten innereuropäischer Handel ist, ist es auf diese Weise gelungen, ihn einem politischen Regulationsregime zu unterwerfen und ihn nicht gemäß seinen eigenen Imperativen voranschreiten zu lassen. Ökonomische Konkurrenz kann auf diese Weise politisch domestiziert werden.“<sup>5</sup> Etwas deutlicher formuliert wollte man also mit der Osterweiterung die neuen Mitgliedsländer in die Europäische Wirtschaftszone „einsaugen“, um so die eigene Position angesichts der wachsenden ökonomischen Konkurrenz mit anderen Blöcken deutlich zu verbessern. Hierfür wurden im Zuge des Erweiterungsprozesses die wirtschaftlichen Systeme der neuen Mitglieder neoliberal umstrukturiert, um so den ökonomischen und strategischen Interessen der großen EU-Staaten zu entsprechen. Damit wurden die neuen Mitgliedstaaten dauerhaft peripher - also wirtschaftlich und politisch gegenüber dem EU-Zentrum untergeordnet - an das EU-Zentrum angebunden. Diese Strategie soll nun, nach „erfolgreichem“ Vollzug der ersten Ostexpansion, in leicht abgewandelter Form für den gesamten Europäischen Großraum im Rahmen der so genannten Nachbarschaftspolitik nachexerziert werden.

Weit gehend unbemerkt hat sich der Charakter der Europäischen Union im Zuge dieser Expansionsbestrebungen aber grundlegend verändert. Dies zeigt sich anhand von Aussagen hoher europäischer Politiker, die vor nicht allzu langer Zeit noch undenkbar gewesen wären. So gab EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn an, er sehe in der Europäischen Union ein „gutmütiges Imperium“<sup>6</sup> und auch Kommissionschef José Manuel Barroso sieht in der EU mittlerweile „eine Art Imperium.“<sup>7</sup> Damit befließen sich beide nassforsch einer Terminologie, die bis in die dunkelste Phase der europäischen Kolonialgeschichte zurückreicht und - eigentlich - lange Zeit negativ konnotiert war.<sup>8</sup> Tatsächlich

4 Vgl. zur Rolle Herfried Münklers Zelik, Raul: „State Failure“ und „asymmetrische Kriege“ als Paradigmen von Weltordnungspolitik“, in: PROKLA 147 (Juni 2007).

5 Münkler, Herfried: Globalisierung! Politisch-strategische Herausforderungen, in: griephan-globalsecurity 1/2008, S. 44-49, S. 46.

6 Zit. nach Posener 2007, S. 9.

7 „Dimensionen eines Imperiums“, Interview mit José Manuel Barroso, Die Welt, 17.10.2007.

8 In seltenen Fällen wird dieser Widerspruch zwischen

spiegeln diese Aussagen aber lediglich die Realität wider, wie sie sich spätestens seit der Osterweiterung im Jahr 2004 darstellt. „Mit anderen Worten“, so der Politikprofessor Jan Zielonka, „hat diese besondere Erweiterungswelle den Charakter der Union auf dramatische und irreversible Weise verändert und wir müssen mit dieser Veränderung klarkommen.“<sup>9</sup> Diese Arbeit greift diesen Gedanken auf und will zeigen, dass sich die Europäische Union von einem egalitären Gebilde mit flachen Hierarchien zwischen den Mitgliedsstaaten immer stärker in Richtung eines Imperiums mit einem ausgeprägten Zentrum-Peripherie-Gefälle verwandelt, in dem sich Macht und Einfluss zunehmend auf einige wenige Staaten im Zentrum konzentrieren. Namentlich handelt es sich hierbei um die kerneuropäischen Staaten – Deutschland, Frankreich und Großbritannien<sup>10</sup> -, die das Gravitationszentrum des europäischen Imperiums bilden.<sup>11</sup>

Um diese These zu belegen, werden zunächst die zentralen Merkmale eines Imperiums herausgearbeitet (Kapitel 2) und anschließend Europas imperiale Mission beschrieben, das sendungsideologische Rechtfertigungskonstrukt der EU-Eliten, mit dem die Expansionsbestrebungen als völlig selbstloses Unterfangen dargestellt werden (Kapitel 3). Entgegen der landläufigen Meinung handelt es sich bei diesem imperialen Expansionsprozess allerdings keineswegs um ein karikatives Projekt, das vor allem der Peripherie zugute kommt, wie manch überzeugte Propagandist eines „kosmopolitischen Empire Europa“ sich selbst einreden will<sup>12</sup>, wie im darauf folgenden Kapitel dargelegt werden soll. Hierfür wird das EU-Expansionsinteresse zunächst im Kontext der allgemeinen Auseinandersetzung mit anderen Wirtschaftsblocken und dem Bestreben zum Aufstieg als Supermacht analysiert und danach direkt für die EU-Osterweiterung untersucht. Während die Europäische Union früher zumindest formal stets darge- eigentlich negativer Konnotation des Begriffes und seiner immer häufigeren Verwendung selbst in den Massenmedien bemerkt: „Umso erstaunlicher ist der Aufstieg eines Begriffes, der auf den ersten Blick so gar nicht zu Europa passt: Empire.“ Vgl. Bonse, Eric: Europäische Union. Imperium ohne Volk, Handelsblatt, 21.03.2007.

9 Zielonka 2006, S. 2.

10 Es ließe sich argumentieren, dass auch Italien zu den Gewinnern zählt, und daher zu diesem Klub gehören sollte. Allerdings gingen und gehen die wesentlichen Impulse für die Imperialisierung der Europäischen Union immer nur von Deutschland, Frankreich und Großbritannien aus.

11 Die hier definierte Kerneuropa-Gruppe unterscheidet sich somit von den meisten gängigen Definitionen, die Frankreich und Deutschland eher in Konkurrenz zu Großbritannien sehen. Vgl. zur ausführlichen Begründung für die hier vertretene Sichtweise Kapitel 5.2.

12 Vgl. bspws. Beck, Ulrich/Grande, Edgar: Das kosmopolitische Europa. Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne, Frankfurt am Main 2004.

auf abzielte, das Wohlstandsgefälle innerhalb der Union schrittweise einzuebnen, wurde dieses Kernprinzip im Rahmen der Osterweiterung zugunsten einer Imperialisierung aufgekündigt. Denn durch den imperial strukturierten Beitrittsprozess waren die Kerneuropa-Staaten in der Lage, ihre ökonomisch-strategischen Interessen zulasten der Beitrittsaspiranten durchzusetzen, die jedoch die langfristigen Unterordnung der osteuropäischen Volkswirtschaften als eine permanente Peripherie unausweichlich machen (Kapitel 4). Parallel zu dieser ökonomischen Peripherisierung wurden die politischen Einfluss- und Mitsprachemöglichkeiten der osteuropäischen Länder (ebenso wie das der kleinen und mittleren Altmitglieder) massiv beschnitten - die Macht wurde dauerhaft in Richtung der Kerneuropa-Staaten verschoben. Damit hat sich auch auf politischer Ebene jenes ausgeprägte Zentrum-Peripherie-Gefälle herausgebildet, das kennzeichnend für imperiale Gebilde ist (Kapitel 5). Schon vor dem Abschluss der Osterweiterung starteten in Brüssel die Planungen für die nächste Expansionsphase, die mittlerweile im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) begonnen wurde. Im Kern zielt sie ebenfalls darauf ab, die Staaten des gesamten Großraums peripher an die EU anzubinden und so eine weitere Schicht um das Europa der konzentrischen Kreise zu legen. Aus machtpolitischen Erwägungen - ihre Aufnahme in die Union würde die Machtverhältnisse wieder zuungunsten der Kerneuropa-Staaten verschieben - soll dieser Prozess jedoch nicht im Beitritt enden, sondern in einer „Expansion ohne Erweiterung.“<sup>13</sup> (Kapitel 6)

Der deutlichste Beweis für den Charakterwandel der Europäischen Union besteht aber in der wachsenden Bereitschaft, Gewalt zur Aufrechterhaltung der neuen Imperialordnung anzuwenden. Die Militarisierung der EU ist dabei zwingend erforderlich, um gegebenenfalls die Folgen des Expansionsprozesses, der zu dramatischen sozialen Schieflagen und wachsendem Unmut in der Peripherie geführt hat, gewaltsam unter Kontrolle halten zu können: „Lissabon-Ziel und ‚Friedensstreitmacht‘ gehören zur selben Medaille.“<sup>14</sup> Dies trifft auch für das Zentrum zu, denn in Zeiten zunehmender Verarmung innerhalb der Kerneuropa-Staaten, ausgelöst durch die neoliberalen Deformen der Lissabon-Strategie, wächst a auf Seiten der EU-Eliten die Sorge, dass es auch dort zu sozialen Unruhen kommen könnte. Vor allem gilt dies aber natürlich für die Peripherie, wo die anfängliche EU-Euphorie zunehmend einer Ernüchte-

13 Vobruba, Georg: Expansion ohne Erweiterung. Die EU-Nachbarschaftspolitik in der Dynamik Europas, in: Osteuropa 2-3/2007.

14 Roithner, Thomas: Welches Militär für welchen Frieden? Die Militärischen Aspekte der EU-Außenpolitik, in: ÖSEK (Hg.): Europäische Friedenspolitik. Inhalte, Differenzen, Methoden und Chancen, Berlin 2008, S. 210-245, S. 211.

rung platz macht, die – womöglich zumindest – alsbald auch in Zorn auf die Machthaber in Brüssel umschlagen könnte. Aus diesem Grund wird mittlerweile in der Union die Notwendigkeit zur Aufstandsbekämpfung in der Peripherie ernsthaft in Betracht gezogen und die hierfür erforderlichen politischen und militärischen Möglichkeiten geschaffen. Dabei wird mittlerweile selbst vor der krassesten Form imperialer Herrschaftsausübung nicht mehr halt gemacht, der direkten militärisch abgesicherten Re-Kolonisierung von Teilen der Peripherie. Darüber hinaus zeichnet sich derzeit bereits die nächste Expansionsphase ab, die nach dem europäischen Großraum nun primär Afrika anvisiert. Hierfür spricht die Tatsache, dass die Union dort vermehrt als „imperiale Stabilisierungsmacht“ auftritt, um ihre Wirtschaftsinteressen abzusichern, was sich in immer zahlreicheren EU-Einsätzen auf dem Kontinent niederschlägt (Kapitel 7).

Spätestens mit dieser imperialen Expansion und dem damit verbundenen Charakterwandel hat sich die Europäische Union als soziale und progressive Kraft auf der internationalen Bühne endgültig diskreditiert. Auf ihrem Weg zum Imperium geht sie buchstäblich über Leichen: sowohl indirekt über die sozialen Folgen ihres Expansionsprojektes, aber auch direkt in Form von Gewaltanwendung gegen renitente Gruppen oder Staaten, die dem Expansionsdrang im Wege stehen. Grund genug für die Bildung einer anti-imperialistischen Bewegung, die sich nicht allein auf die USA konzentriert, sondern auch die Europäische Union ins Blickfeld nimmt und bekämpft.

## 2. Die Phänomenologie eines Imperiums

Um der Frage nachzugehen, ob und in welchem Ausmaß sich die Europäische Union einem Imperium annähert, sollen in diesem Kapitel zunächst zentrale Merkmale für imperiales Verhalten herausgearbeitet werden.

### 2.1 Imperiale Mission

Ob „The White Man’s Burden“, die „Mission Civilisatrice“ oder wie sie alle hießen, schon immer legitimierte sich imperiales Verhalten über „sendungsideo-logische Rechtfertigungsdoktrinen, die auf der Überzeugung der Kolonialherren von ihrer eigenen kulturellen Höherwertigkeit beruhen.“<sup>15</sup> Dabei werden die angeblichen zivilisatorischen Errungenschaften des Imperiums gegen eine vermeintliche Barbarei außerhalb seines Herrschaftsgebiets abgegrenzt und die weitere Expansion hierdurch als selbstloses Unterfangen legitimiert. Die

15 Osterhammel, Jürgen: Kolonialismus. Geschichte, Formen, Folgen. München 1997, S. 20; Vgl. auch Snyder, Jack: Myths of Empire: Domestic Politics and International Ambition, Ithaca 1991.

imperiale Mission zielt dabei nicht allein auf Akzeptanz der Expansionsbestrebungen in der Peripherie: „Alle Imperien mit längerem Bestand haben sich als Zweck und Rechtfertigung ihrer Existenz eine weltgeschichtliche Aufgabe gewählt, eine Mission, die kosmologische oder heilsgeschichtliche Bedeutung für das Imperium reklamierte. [...] Die imperiale Mission [...] wendet sich an die Menschen innerhalb des Imperiums, vor allem an die in seinem Zentrum. Mehr als alles andere aber ist sie eine Autosuggestion der politischen Eliten, aus der diese die Überzeugung und Energie zur Fortführung des imperialen Projekts beziehen.“<sup>16</sup>

Entscheidend dabei ist, dass in den seltensten Fällen offen eingestanden wird, dass egoistische Machtinteressen die Haupttriebfeder für das Expansionsstreben sind: „Offiziell hat noch jedes Empire von sich behauptet, dass es ganz anders sei als die anderen: Die historischen Umstände seien besondere, zudem habe man ja eine aufklärerische und zivilisierende Mission, man wolle nur Ordnung und Demokratie bringen und Gewalt werde man natürlich nur als letztes Mittel einsetzen. Bedauerlicherweise findet sich dabei stets ein Chor willfähriger Intellektueller, die beschönigend von einem gutartigen oder altruistischen Empire reden.“<sup>17</sup> Ein gerütteltes Maß an Überlegenheitsdenken, gepaart mit sendungsideo-logischen Rechtfertigungskonstrukten stellen somit integrale Bestandteile jedes Imperiums dar. Für eine *politische* Bewertung ist in diesem Zusammenhang aber ein weiteres Kriterium entscheidend, das der Intention: ist die Imperiums-bildung moralisch und/oder sicherheitspolitisch begründet oder erfolgt sie nicht vielmehr aus eng gefassten ökonomisch-machtpolitischen Interessen?

### 2.2 Entsoveränisierung und die Einmischung in innere Angelegenheiten

Grundsätzlich muss ein imperiales System von einer Hegemonialordnung unterschieden und klar abgegrenzt werden. Denn während Letztere eine Organisationsform unter „tendenziell Gleichen“ darstellt, fußt das Imperium qua Definition auf einem erheblichen „Machtgefälle zwischen der Zentralmacht und den anderen Angehörigen der politischen Ordnung.“<sup>18</sup> Für Imperien sind demzufolge Begriffe wie Souveränität, territoriale Integrität, Nicht-Einmischung und das Prinzip souveräner Gleichheit bedeutungslos, sie sind es, die innerhalb ihres Herrschaftsraums ausschließlich die Verhaltensregeln bestimmen - und gegebenenfalls deren Einhaltung militärisch erzwingen. „Während Staaten an den Gren-

16 Münkler, Herfried: Imperien. Die Logik der Weltherrschaft, Bonn 2005, S. 241.

17 Said, Edward D.: Kultur der Einfühlung, Le Monde diplomatique, 12.09.2003.

18 Münkler 2005, S. 76f.

zen anderer Staaten Halt machen und es ihnen selbst überlassen, ihre inneren Angelegenheiten zu regeln, mischen sich Imperien in die Verhältnisse anderer ein, um ihrer Mission gerecht zu werden.“<sup>19</sup> Dieses Verhalten beschreibt das genaue Gegenteil des - gegenwärtig noch dominierenden, aber zusehends erodierenden - westfälischen Systems mit seinem „staatlichen Gleichheits- und Souveränitätsprinzip, [in dem] es keiner Macht gestattet war, anderen Staaten irgendwelche Lösungen zu oktroyieren.“<sup>20</sup>

### 2.3 Dauerhaftes Zentrum-Peripherie-Gefälle

Ein weiteres Merkmal eines Imperiums ist ein ausgeprägtes Zentrum-Peripherie-Gefälle, bei dem sich die Macht- und Einflussmöglichkeiten in konzentrischen Kreisen abschwächen.<sup>21</sup> „Imperiale Grenzen trennen keine gleichberechtigten politischen Einheiten, sondern stellen eher Abstufungen von Macht und Einfluss dar. [...] Vor allem diese Asymmetrie unterscheidet imperiale von staatlichen Grenzen. Imperien kennen keine Nachbarn, die sie als Gleiche - und das heißt: als *gleichberechtigt* - anerkennen. [...] Fast immer gibt es hier ein vom Zentrum zur Peripherie verlaufendes Integrationsgefälle, dem zumeist eine abnehmende Rechtsbindung und geringer werdende Möglichkeiten korrespondieren, die Politik des Zentrums mitzubestimmen.“<sup>22</sup>

Es muss also eine *auf Dauer angelegte* strukturelle Asymmetrie existieren, die gleichzeitig das zentrale Unterscheidungskriterium zwischen einer hegemonialen und einer imperialen Ordnung darstellt: „Ob eine politische Ordnung als imperial oder hegemonial zu klassifizieren ist, hängt demnach vom sozioökonomischen Entwicklungsstand und der relativen politischen Stärke der nachgeordneten Bündnispartner und Mächte ab. Ist der Abstand erheblich und wird er womöglich durch die Dynamik des Zentrums noch vergrößert, so ist eine ‚Imperialisierung‘ der Dominanzstrukturen die zwangsläufig Folge.“<sup>23</sup>

### 2.4 Fortdauernder Expansionsdrang bis hin zur direkten Kolonisierung

Imperien haben die Angewohnheit, ihre Einflussphäre kontinuierlich erweitern zu wollen. Dabei sind sie bestrebt, die soziale, politische und wirtschaftliche Ordnung in dem von ihm kontrollierten Großraum, den

19 Münkler 2005, S. 8.

20 Zielonka 2006, S. 151. Die wichtigste Verankerung der souveränen Gleichheit ist die UN-Charta, insbesondere Artikel 2 Absatz 4.

21 Vgl. Wæver, Ole: Imperial Metaphors: Emerging European Analogies to Pre-Nation-State Imperial Systems, in: Tunander, O., Baev, P. and Einagel, V. I. (eds): Geopolitics in Post-Wall Europe: Security, Territory and Identity, Oslo 1997.

22 Münkler 2005, S. 16f.

23 Münkler 2005, S. 75f.

eigenen Interessen entsprechend zu gestalten.<sup>24</sup> Die Grenzen innerhalb eines Imperiums verlaufen fließend, die Staatlichkeit im eng verstandenen Sinne, löst sich weit gehend auf: „Empire kombiniert direkte und indirekte Formen der Herrschaftsausübung. [...] Der entscheidende Unterschied zwischen einem modernen Staat und einem Empire ist, dass der Staat sein Sicherheits- und Wohlfahrtsproblem durch die Etablierung fester Grenzen zu lösen versucht, während das Empire sie durch die Variabilität der Grenzen, durch die Ausdehnung nach außen löst.“<sup>25</sup> Grenzen sind also keineswegs unverrückbar, sondern können bei Bedarf zurechtgerückt, verschoben und neu definiert werden, sollten die Interessen des Zentrums dies erfordern: „Imperien haben keine fixen geographischen Grenzen und die Form und Reichweite der politischen Kontrolle variiert.“<sup>26</sup>

Obwohl Imperien zumindest zeitweise immer wieder auf direkte Herrschaftsformen - sprich Kolonialismus - zurückgreifen, sind sie dennoch bestrebt, ihren Großraum indirekt über Stellvertreter zu beherrschen, da es sich hierbei um die weit kostengünstigere Variante handelt.<sup>27</sup> Während manche Autoren ein „Imperium ohne Kolonien“<sup>28</sup> für möglich halten, sehen andere hierin einen Widerspruch in sich: „Wirklich imperiale Macht [...] bedeutet eine *direkte* Monopolkontrolle über Organisation und Einsatz bewaffneter Gewalt. Es bedeutet *direkte* Kontrolle über die Justiz und deren Ausgestaltung. Es bedeutet Kontrolle darüber, was gekauft und verkauft wird, über Handelsbedingungen und Handelsgenehmigungen.“<sup>29</sup> Unabhängig von dieser Bewertung lässt sich in jedem Fall festhalten, dass der Rückgriff auf koloniale Herrschaftsformen Rückschlüsse auf die Radikalität der Expansionsbestrebungen zulässt. Denn so oder so ist der Kolonialismus letztendlich die „spektakulärste Erscheinungsform des Imperialismus.“<sup>30</sup>

### 3. EUropas imperiale Mission: Altruismus oder nacktes Eigeninteresse?

Innerhalb der Europäischen Union wurde mittlerweile ein umfangreiches Legitimationsgebäude errichtet,

24 Vgl. Behr, Hartmut: The European Union in the Legacies of Imperial Rule? EU Accession Politics Viewed from a Historical Comparative Perspective, in: European Journal of International Relations, Vol. 13, No. 2/2007, S. 239-262.

25 Beck/Grande 2004, S. 89, 91.

26 Zielonka 2006, S. 151.

27 Vgl. Wehler, Hans-Ulrich: Der Aufstieg des amerikanischen Imperialismus: Studien zur Entwicklung des Imperium Americanum; 1865 - 1900, Göttingen 1987, S. 274.

28 Vgl. Magdoff, Harry: Imperialism without Colonies, New York 2003 [1969].

29 Philip Zelikow zit. in: Ferguson, Niall: Das verleugnete Imperium: Chancen und Risiken Amerikanischer Macht, Berlin 2004, S. 15f; vgl. auch Zielonka 2006, S. 11.

30 Unger, Frank: Freihandels-Imperialismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/2004, S. 1186-1196.

um imperiale Expansionsbestrebungen zu rechtfertigen. Dabei werden von der extrem heterogenen Menge europäischer Imperiumsbefürwortern aus Journalisten, Wissenschaftlern, Strategen und Politikern ausschließlich selbstlose oder zumindest rein defensive Motive ins Feld geführt. So betonen Linksliberalen gerne den zivilisatorischen Auftrag des „kosmopolitischen Empire Europa“ (Ulrich Beck), das sich uneigennützig daran macht, unterprivilegierten Ländern den Weg ins europäische (Wohlstands-)Haus zu weisen; auf der anderen Seite sehen Konservative in der imperialen Ordnung des Großraums Europa eine sicherheitspolitisch motivierte Notwendigkeit, um auf die Bedrohungen durch das „Chaos in der Welt“ zu reagieren (Herfried Münkler). Besonders beliebt, weil maximal vermittelbar, ist die Kombination aus diesen beiden Legitimationsstrategien (Robert Cooper und Alan Posener).

### 3.1 Moralisches Imperium

Für moralisch argumentierende Imperiumsbeefürworter hat die „Zivilmacht EUropa“ - mittlerweile bereits zur „Zivilmacht mit Zähnen“ (Frank-Walter Steinmeier) mutiert<sup>31</sup> - die geradezu welthistorische Pflicht, vormoderne Zonen, in denen Barbarei und Chaos herrschen würden, in deren eigenem Selbstinteresse an die Kande zu nehmen. Wenn dabei unter Umständen auch Zwangsmittel angewandt werden müssten sei dies zwar bedauerlich, letztlich aber auch unvermeidbar, um diese Zonen aus ihrer selbstverschuldeten Unmündigkeit zu befreien - manche müsse man eben zu ihrem Glück zwingen. Diese systematische Trennung zwischen „uns“ und „denen“, zwischen der „Friedens- und Prosperitätszone der westlichen Demokratien“ und dem „barbarischen Rest“, ist typisch für Imperien und produziert gleichzeitig das notwendige rassistische Überlegenheitsdenken, ohne das die imperiale Mission undenkbar wäre.

Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang die Ausführungen von Robert Cooper, denn als führender Kopf hinter der im Dezember 2003 verabschiedeten Europäischen Sicherheitsstrategie und gleichzeitig wichtigster Berater des EU-Außenbeauftragten Javier Solana, ist er derzeit einer der einflussreichsten EU-Strategen.<sup>32</sup> Aus Coopers Sicht sind „Imperien keine schlechte Sache“<sup>33</sup>, denn sie „waren häufig besser als das Chaos und die Barbarei, die sie ersetzten. [...] Die innerhalb des Imperiums genossen Ordnung, Kultur, Zi-

vilisation. Außerhalb des Imperiums existierte Barbarei, Chaos und Unordnung.“<sup>34</sup> Auch die bekannte Politikwissenschaftlerin Mary Kaldor vertritt die These, dass die ideologisch-politischen Auseinandersetzungen vergangener Zeiten „durch eine neue politische Frontstellung abgelöst worden sind: die zwischen einer, wie ich es nennen werde, kosmopolitischen, also auf Werten der Einbeziehung, des Universalismus und Multikulturalismus basierenden Politik und einer Politik partikularer Identitäten.“<sup>35</sup> Einer der wichtigsten Vertreter dieser Auffassung, Ulrich Beck, von dem die Forderung nach einem „kosmopolitischen Empire Europa“ stammt, fasste diese Gedanken treffend zusammen: „Es entsteht eine neuartige, postnationale Politik des militärischen Humanismus - des Einsatzes transnationaler Militärmacht mit dem Ziel, der Beachtung der Menschenrechte über nationale Grenzen hinweg Geltung zu verschaffen. [...] Und Krieg wird zur Fortsetzung der Moral mit anderen Mitteln.“<sup>36</sup>

Auch in den Führungsetagen der Europäischen Union ist man sich über die zentrale Funktion einer imperialen Sendungsmission im Klaren. Wie Robert Cooper ausführt, ist sie sowohl für die Akzeptanz der Expansionsbestrebungen im Inneren als auch in der Peripherie von entscheidender Bedeutung: „Die eigene Bevölkerung davon zu überzeugen, dass sie ihr Leben in chaotischen Ländern im Ausland riskiert, erfordert den Glauben daran, dass man ein Evangelium verbreitet, eine zivilisierende Mission verfolgt oder (im schlimmsten Fall) die natürliche Überlegenheit seiner Rasse etabliert. Es erfordert Selbstbewusstsein und Überzeugung. Anschließend muss man, will man erfolgreich sein, die Menschen, die man unterjocht davon überzeugen, dass man dies in ihrem eigenen Interesse und im Dienste eines höheren Ziels tut.“<sup>37</sup> Da das Evangelium der Europäischen Union aber vorrangig die aggressive Ausweitung und Absicherung ihrer neoliberalen Wirtschaftsa-genda umfasst<sup>38</sup>, muss diese als selbstloses Unterfangen zurechtinterpretiert werden.

Hierfür argumentieren Vertreter der so genannten Hegemonic Stability Theory, imperiale Aufsicht sei notwendig, um für die Stabilität des freien Welthandels zu garantieren, der wiederum zum Garant für den Wohlstand der gesamten Menschheit hochstilisiert wird. Mit dieser Interpretation wird imperialer Politik bewusst eine segensreiche Rolle zugesprochen: „Im Gefolge der ökonomischen Imperialismustheorien haben

34 Zit. nach Foley 2007, S. 3.

35 Kaldor, Mary: Neue und alte Kriege, Frankfurt 2000, S. 15.

36 Beck, Ulrich: Über den postnationalen Krieg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 8/1999, S. 987.

37 Cooper 2003, S. 25.

38 Vgl. Duchrow, Ulrich: Der Gott der EU-Verfassung, in: Zeitschrift für Entwicklungspolitik, Heft 5/6/2004.

31 Steinmeier, Frank-Walter: Zivilmacht mit Zähnen, Süddeutsche Zeitung, 08.02.2007.

32 Vgl. zur Rolle und dem Einfluss Robert Coopers Foley, Frank: Between Force and Legitimacy: the Worldview of Robert Cooper, EUI-RSCAS Working Paper 2007/09.

33 Cooper, Robert: The Next Empire, Prospect, October 2001.

wir uns daran gewöhnt, Imperien mit Unterdrückung und Ausbeutung zu identifizieren. Genauso lassen sich Imperien aber auch als Friedensgaranten, Aufseher über politische und kulturelle Werte und Absicherer großräumiger Handelsbeziehungen und Wirtschaftsstrukturen begreifen.<sup>39</sup> Ähnlich argumentiert der Chefkolumnist der Welt am Sonntag, Alan Posener, in seinem bemerkenswert nassforschenden Plädoyer für ein Europa als „Imperium der Zukunft“: „Schließlich hat Großbritannien einem Viertel der Erdoberfläche eine Ordnung aufgezwungen, die den freien Handel und die freie Beweglichkeit von Menschen, Dienstleistungen und Kapital, den Rechtsstaat, den Schutz des Besitzes und eine halbwegs korruptionsfreie Verwaltung garantierte - und damit die Grundlage jeden materiellen und intellektuellen Fortschritts.“<sup>40</sup> Vor diesem Hintergrund kommt Posener denn auch zu dem Ergebnis, „dass die Kolonisierung Indiens ein wirklicher Segen war.“<sup>41</sup> Die Aufgabe des Staates besteht deshalb primär darin, militärisch für den Schutz des Freihandelsimperiums zu garantieren: „Ohne die Mittel des Staates, bis hin zu Polizeiknüppeln, hätte eine Margaret Thatcher ihre marktwirtschaftliche Revolution gegen den Widerstand der Gewerkschaften nicht durchsetzen können. Und ohne die Pax Britannica, gestützt auf die Kanonen der britischen Flotte, war der liberale Traum der Globalisierung nicht zu verwirklichen.“<sup>42</sup> Wer sich die Realität derart zusammenfabuliert kommt dann folgerichtig auch zu dem Schluss, jede Imperiumskritik sei reaktionär: „weltweit ist der Antiimperialismus zu einer ideologischen Macht geworden, zur wichtigsten Waffe des Antimodernismus. [...] So revolutionär sich Globalisierungsgegner und ‚Empire‘-Kritiker heute geben, sie sind in Wahrheit reaktionär.“<sup>43</sup>

### 3.2 Das sicherheitspolitische Empire

Insbesondere in jüngster Zeit wird eine imperiale Expansion darüber hinaus auch als sicherheitspolitische Notwendigkeit dargestellt. Hierfür bemüht Herfried Münkler Spenglersche Untergangphantasien, um eine direkte Bedrohung des Westens zu untermauern. Für Münkler ist „das Konglomerat aus Raubzügen und Plünderungen, Massakern und Gewaltexzessen [...] ein Menetekel dessen, was Europäer und Amerikaner ereilen wird, wenn es ihnen nicht gelingt, das aufgebrochene Gewaltmonopol der Staaten im globalen Maßstab wiederherzustellen.“<sup>44</sup> Dies gelte besonders „für

39 Münkler, Herfried: Das imperiale Europa, Die Welt, 29.10.2004.

40 Posener 2007, S. 39.

41 Posener 2007, S. 40.

42 Posener 2007, S. 50.

43 Posener 2007, S. 43, 47.

44 Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, Bonn 2002, S. 63.

den internationalen Terrorismus, dessen Ausbildungslager und Rückzugsgebiete vorzugsweise dort liegen, wo im Verlauf eines innergesellschaftlichen Krieges die staatlichen Strukturen zusammengebrochen sind. [Weshalb] es in einer globalisierten Welt keine Region mehr gibt, in denen die staatlichen Strukturen zusammenbrechen können, ohne dass dies schwer wiegende Folgen für die weltpolitische wie weltwirtschaftliche Ordnung hätte.“<sup>45</sup> Hieraus leitet sich eine sicherheitspolitische Notwendigkeit zum militärischen Stabilitätsexport ab, der Westen müsse bereit sein, „sich auf bewaffnete Pazifizierungen ganzer Regionen einzulassen.“<sup>46</sup>

Auch hier seien Poseners Ausführungen als Ergänzung angeführt: „Wo sich Europa zurückzieht, nistet sich das Chaos ein, werden Europas Grenzregionen zum Tummelplatz der Feinde Europas, von Terroristen über Menschen- und Waffenschmuggler bis hin zu Agenten gegnerischer Mächte und Ideologen radikaler Parteien.“<sup>47</sup> Deshalb sei das eigentliche Problem „nicht ein Zuviel an westlicher Einmischung, sondern ein Zuwenig: ‚Failed states‘, gescheiterte Staaten, sind Brutstätten des Elends und Rückzugsräume für Terroristen. Schwache Staaten, die das Treiben von Terroristen oder kriminellen Banden nicht unterbinden können oder wollen, bilden eine Gefahr für ihre Nachbarn und destabilisieren ganze Regionen. ‚Rogue states‘, also Staaten, die sich den internationalen Regeln nicht fügen, [...] sind Herde der Unsicherheit und der Gefahr.“<sup>48</sup> Selbstredend lägen dem keinerlei ausbeuterische Motive zugrunde, da „es sich – anders als die Theorien des Neokolonialismus und Imperialismus unterstellen – zumeist um defensive, nicht offensive Interessen handelt.“<sup>49</sup> Häufig wird der EU dabei attestiert, charakterlich schlicht unfähig zu einem egoistischen Expansionsstreben zu sein: „Die EU dürfte für lange Zeit keine Großmacht sein, der eine expansiv-imperiale Dynamik innewohnt. Einer imperialen Entwicklung steht das anti-imperiale Geschichts- und Politikbewusstsein der Europäer hemmend entgegen sowie die gegenwärtige Erfahrung, dass sich gerade die anti-imperiale Politik des ‚alten Europa‘ vorteilhaft auswirkt.“<sup>50</sup> Auch Robert Cooper hält eine Art „defensiven Imperialismus“ notwendig. Angesichts der gegenwärtigen Bedrohungen, so seine Schlussfolgerung, sei der „logischste Weg mit dem Chaos umzugehen derjenige, der in der Vergangenheit am häufigsten besritten wurde, die Kolonisierung.“<sup>51</sup> Zwar ist der EU-Spit-

45 Münkler 2002, S. 227.

46 Münkler 2002, S. 221.

47 Posener 2007, S. 223.

48 Posener 2007, S. 48.

49 Münkler 2002, S. 226.

50 Link, Werner: Auf dem Weg zu einem neuen Europa. Herausforderungen und Antworten, Baden-Baden 2006, S. 78f.

51 Cooper, Robert: The Post-Modern State, in: Leonard, Mark (ed.): Re-Ordering the World, London 2002, S. 11-20, S.

zenpolitiker der derzeit wohl einflussreichste wie auch eifrigste Befürworter eines Empire Europa, er steht mit seiner Meinung allerdings beileibe nicht allein: „Robert Cooper hat die herrschende Meinung westlicher Sicherheitspolitiker über den Umgang mit fernen Chaoszonen auf den Punkt gebracht.“<sup>52</sup>

Wie erwähnt schließen sich die moralischen und sicherheitspolitischen Begründungen keineswegs aus, im Gegenteil, zumeist werden sie miteinander kombiniert, was deren Zugkraft deutlich vergrößert<sup>53</sup>: „Was wäre schlecht an einem neuen Imperium?“, so die Frage von Alan Posener, der die moralisch-sicherheitspolitisch legitimierte Ausweitung der europäischen Einflusszone sogar zu einem „Modernisierungsprojekt“ hochstilisiert: „Wenn aber Europa seine imperiale Bestimmung realisiert, so ist eben diese Ausdehnung einerseits schlicht und einfach notwendige Bedingung seiner Sicherheit, andererseits ein zivilisatorischer Auftrag, der Europas müde Eliten neu beleben könnte.“<sup>54</sup>

Die Frage ist jedoch, was will Europa? Begründet sich das Expansionsbestreben tatsächlich aus den zuvor beschriebenen uneigennütigen Motiven? Kaum, denn tatsächlich wird unter dem Deckmantel dieser ökonomisch-sicherheitspolitischen Argumentationskette vorwiegend die Durchsetzung und Absicherung der eigenen Liberalisierungsagenda verfolgt. Die „Nebenwirkungen“ dieser Bestrebungen äußern sich in der Verschärfung von Armut und Ungerechtigkeit, die wiederum zu sozialen Konflikten führen, die im Extremfall militärisch „befriedet“ werden müssen, wie im Folgenden anhand einer Analyse der gegenwärtigen EU-Expansionspolitik gezeigt werden soll.

#### 4. Die Osterweiterung und die Peripherisierung Osteuropas

Nachdem sich schon früh nach dem Untergang der Sowjetunion ein Konsens herausgebildet hatte, acht mittel- und osteuropäischen Staaten (plus Malta und Zypern)

17. Cooper beklagt in diesem Zusammenhang allerdings die mangelnde Bereitschaft auf koloniale Praktiken zurückzugreifen.

52 Mertes, Michael: Transatlantische Anti-Terror-Politik, in: Die politische Meinung, 2/2003, S. 5-9, S. 6. Vgl. auch Elden, Stuart/Bialasiewicz, Luiza: The new geopolitics of division and the problem of a Kantian Europe, in: Review of International Studies (2006), 32, S. 623-644; Vgl. auch Posener 2007, S. 64.

53 Es ist gerade diese Verbindung moralischer und sicherheitspolitischer Argumentationsmuster, die „große Zustimmung innerhalb eines breiten politischen Spektrums findet. Progressive können sie die Aussage unterstützen, dass Staaten die Pflicht haben in gescheiterten oder autoritären Staaten aus humanitären Gründen zu intervenieren, während Neokonservative betonen, dass Interventionen in diesen Staaten zur Wahrung der nationalen und internationalen Sicherheit notwendig sind.“ Vgl. Etzioni, Amitai: Sovereignty as Responsibility, in: Orbis, Winter 2005, S. 76.

54 Posener, Alan: Empire Europa, in: Internationale Politik (Januar 2006), S. 60-67, S. 67.

- nach Erfüllung bestimmter Kriterien wohlgerne - in die Europäische Union aufzunehmen, wurden im Jahr 1997 die Beitrittsverhandlungen offiziell aufgenommen. Als Ergebnis der Entscheidung des Ratsgipfels von Kopenhagen im Dezember 2002 traten schließlich am 1. Mai 2004 zehn neue Staaten der Union bei. Am ersten Januar 2007 folgten mit Rumänien und Bulgarien zwei weitere, sodass die EU mittlerweile auf 27 Länder angewachsen ist.

Für die Mehrheit in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, stellt die EU-Osterweiterung ein überaus erfolgreiches karikatives Projekt dar, mit dem die neuen Beitrittsländer zu ihrem eigenen Vorteil heim ins europäische Haus geholt wurden. Stellvertretend für viele, sei hier Robert Cooper zitiert, für den der Expansionsprozess trotz seines von ihm durchaus eingestandenen imperialen Charakters eine Erfolgsgeschichte für alle Beteiligten darstellt: „Die EU kann in mancher Hinsicht mit einem Imperium verglichen werden; sie ist eine Struktur, die Standards für interne Regierungsführung setzt, jedoch im Gegenzug den Mitgliedern ein Mitspracherecht hinsichtlich der Entscheidungsfindung und einen Platz im Commonwealth bietet. Quer durch Zentraleuropa haben Staaten ihre Verfassungen umgeschrieben und Gesetze verändert, um europäischen Standards zu genügen. Dabei handelt es sich um eine Art von Regime Change, aber um einen freiwilligen, legitimen. Sie [die EU-Osterweiterung] repräsentiert die Ausweitung von Zivilisation und guter Regierungsführung in dauerhafter Form.“<sup>55</sup>

Dieser Sichtweise soll in diesem Kapitel widersprochen werden. Denn betrachtet man den Beitrittsprozess genauer, so wird schnell deutlich, dass es sich hierbei um alles andere, als um ein altruistisches Unterfangen gehandelt hat. Die Osterweiterung ist ein Musterbeispiel imperialer Expansion, bei der das Zentrum in die inneren Belange der Länder an seiner Peripherie eingriff und deren politische und wirtschaftliche Struktur im eigenen Interesse zurechtbog. Zuvor soll die Osterweiterung jedoch in den allgemeinen Kontext der EU-Expansionsinteressen eingeordnet werden.

##### 4.1 Die EU-Osterweiterung: Zwischenstation auf dem Weg zur Supermacht

Der ehemalige EU-Erweiterungskommissar und heutige Vizepräsident der EU-Kommission, Günther Verheugen, meldet ganz unverhohlen den Weltmachtan-

55 Cooper, Robert: Civilise or die. We can no longer afford to ignore weak or aggressive states. Regime change is necessary, The Guardian, 23.10.2003. Vgl. für eine wissenschaftliche Position zum nicht-interessengeleiteten Charakter der Osterweiterung Schimmelfennig, Frank: The Community Trap: Liberal Norms, Rhetorical Action, and the Eastern Enlargement of the European Union, International Organization Nr. 1/2001, S. 47-80.

**Tabelle 1: Stationen des EU-Erweiterungsprozesses**

<b>1958</b>	Gründung der EWG durch die BRD, Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Italien
<b>1972</b>	Großbritannien, Irland, Dänemark
<b>1980er</b>	Griechenland (1981), Spanien, Portugal (1986) (Süderweiterung)
<b>1995</b>	Finnland, Schweden, Österreich
<b>2004</b>	Lettland, Litauen, Estland, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta, Zypern
<b>2007</b>	Bulgarien, Rumänien

spruch der Union an. Es sei das „Gebot der Stunde“, „dass sich Europa etablieren muss als eine Weltmacht, die einen Gestaltungsanspruch erhebt.“<sup>56</sup> Um dies zu erreichen, verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs im März 2000 die so genannte Lissabon-Strategie, die das ehrgeizige Ziel formuliert, bis zum Jahr 2010 weltweit die ökonomische Spitzenposition zu erlangen: „Die Union hat sich heute ein *neues strategisches Ziel* für das kommende Jahrzehnt gesetzt: *das Ziel, die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen.*“<sup>57</sup> Innenpolitisch begann man auf dieser Grundlage überall damit, wirtschaftliche „Reformen“ einzuleiten, die nichts anderes beinhalteten, als die EU durch ein neoliberales Strukturanpassungsprogramm zu peitschen.<sup>58</sup> In Deutschland schlug sich dies etwa in der Agenda 2010 und dem damit einhergehenden massiven Sozialabbau nieder.

Außenpolitisch intensivierte die Europäische Union in diesem Kontext ebenfalls die Bemühungen, ihre Li-

56 Verheugen, Günter: „Europa muss Weltmacht werden!“, in: Internationale Politik, Januar 2005; Ganz ähnliche Aussagen stammen bspws. auch vom EU-Außenbeauftragten Javier Solana: „Was ist unsere künftige Aufgabe? Die EU zu einer globalen Macht zu machen, zu einer Kraft für das Gute in der Welt.“ Vgl. Javier Solana, EU High Representative for the Common Foreign and Security Policy - The Sound of Europe Conference - Salzburg, 27.01.2006, URL: <http://ec.europa.eu/world/peace/docs/88179.pdf> (19.03.2008). In etwas verklausulierter findet sich dieser Anspruch auch in der Europäischen Sicherheitsstrategie vom Dezember 2003: „Als Zusammenschluss von 25 Staaten mit über 450 Millionen Einwohnern, die ein Viertel des Bruttosozialprodukts (BSP) weltweit erwirtschaften, ist die Europäische Union, der zudem ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung steht, zwangsläufig ein globaler Akteur. [...] Europa muss daher bereit sein, Verantwortung für die globale Sicherheit und für eine bessere Welt mit zu tragen.“

57 Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Europäische Rat (Lissabon) 23. und 24. März 2000, S. 2.

58 Vgl. Krüger, Lydia: Konzernmacht Europa, Studien zur Militarisierung EUropas 5/2006.

beralisierungsagenda durchzusetzen, sie ist also „keineswegs eine Getriebene der neoliberalen Globalisierung, sondern selbst ein überaus mächtiger Liberalisierungstreiber.“<sup>59</sup> Wie aggressiv dies mittlerweile eingefordert wird, veranschaulicht ein Kommissionspapier, das im Oktober 2007 von den Staats- und Regierungschefs als außenpolitische Komponente der Lissabon-Strategie verabschiedet wurde. Unter dem bezeichnenden Titel „Das europäische Interesse - Erfolg im Zeitalter der Globalisierung“ soll das Papier als „Grundlage für eine Strategiedebatte dienen“ und „Europas Antwort auf die Globalisierung“ darstellen: „Als weltgrößter Exporteur von Waren und Dienstleistungen, weltgrößter Importeur von Waren, zweitgrößte Quelle und Destination ausländischer Direktinvestitionen profitiert die EU in erheblichem Maße von einer offenen Weltwirtschaft. [...] Sie hat ein offenkundiges Interesse daran, dass die Weltordnungspolitik Regeln folgt, die ihre Interessen und Werte widerspiegeln. [...] Die EU muss das ihr zur Verfügung stehende Instrumentarium in vollem Umfang nutzen, wenn sie ihre Stellung in einer globalisierten Welt stärken will. [...] Ein offenes globales Handelssystem liegt im Interesse der EU. Die EU muss zwar ihre Bürger, Interessen und Werte schützen, die Lösung kann aber nicht in Protektionismus liegen. Im Handel und bei Investitionen ist die EU weltweit führend, und unsere offene Wirtschaft ermöglicht kostengünstige Produktionsfaktoren, niedrigere Preise für die Verbraucher, Wettbewerbsanreize für Unternehmen und neue Investitionen. Gleichzeitig ist es wichtig, dass die EU ihren Einfluss in internationalen Verhandlungen geltend macht, um auch von anderen Offenheit einzufordern: Offenheit lässt sich politisch nur dann rechtfertigen, wenn sie

59 Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit: Global Europe: Der liberale Imperialismus der Europäischen Union, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2007, S. 1471-1486, S. 1478.

auf Gegenseitigkeit basiert. Die EU muss dafür sorgen, dass ihre Exporteure und Investoren in Drittländern ein angemessenes Niveau an Offenheit sowie Grundregeln vorfinden, die unsere Fähigkeit nicht beeinträchtigen, unsere Interessen zu schützen.<sup>60</sup> Was sich allerdings hinter so egalitär anmutenden Phrasen wie „Offenheit“ und „gleiche Bedingungen“ verbirgt, ist nackter Egoismus, denn Freihandel unter ungleichen Partnern nützt immer dem ökonomisch Stärkeren: „Die Freihandelsförderung war historisch immer das Vorrecht der Mächtigen. Und die Förderung und Aufrechterhaltung der Ungleichheit war immer eine Voraussetzung für das erfolgreiche Funktionieren der auf Freihandel basierenden kapitalistischen Marktwirtschaft.“<sup>61</sup>

Wenngleich die Europäische Union versucht, ihre diesbezüglichen Interessen weltweit wahrzunehmen, galt und gilt die größte Aufmerksamkeit den Staaten im unmittelbaren Großraum. Denn um die wirtschaftlichen Rivalen - die Lissabon-Strategie richtet sich vor allem gegen die USA und China, aber auch gegen Indien<sup>62</sup> - überflügeln zu können, ist eine Expansion in den Nachbarschaftsraum zwingend erforderlich: „Bevor die Europäische Union sich glaubhaft als ernst zu nehmender globaler Akteur bezeichnen kann, muss sie sich zunächst einmal als vorrangige regionale Macht auf dem europäischen Kontinent und in ihrer größeren Nachbarschaft etablieren.“<sup>63</sup> In der Tat stellt die Beherrschung des „imperialen Hinterlandes“<sup>64</sup> die notwendige Bedingung für den Aufstieg der Europäischen Union zur Supermacht dar.<sup>65</sup> Vorrangiges Interesse ist dabei die Erschließung neuer Märkte zu vorteilhaften Bedingungen, wofür gerade die EU-Osterweiterung ein Paradebeispiel darstellt: „Im größeren Zusammenhang der Globalisierung, des ökonomischen Wettbewerbs und wirtschaftlicher Restrukturierung betrachtet [...], passt die Osterweiterung nicht nur hervorragend in eine Strategie der Marktexpansion, sondern auch

in eine Strategie, die neu auftauchenden Märkte zu kontrollieren und die globale Wettbewerbsfähigkeit der alten Mitgliedsstaaten zu fördern.“<sup>66</sup>

Bevor die osteuropäischen Staaten aber Aufnahme fanden, mussten sie sich derart „reformieren“, dass sie auch auf Dauer keine Gefahr für die kerneuropäischen Wirtschaftsinteressen darstellen werden. Das Mittel hierfür war die - unverhandelbare - Forderung, ein „ebenes Spielfeld“ (level-playing field) herzustellen. Die eigene Wirtschaft wurde damit auf gleicher Augenhöhe und ohne jegliche Schutzmaßnahmen der übermächtigen Konkurrenz der kerneuropäischen Konzerne auf dem EU-Binnenmarkt ausgeliefert.<sup>67</sup> Diese dem neoliberalen Wirtschaftsmodell entnommene Forderung basiert auf der Annahme, dass die hierdurch hergestellte „faire“ Konkurrenz Produktivitätssteigerungen nach sich zögen und damit zum Vorteil für alle Beteiligten gereichen würden. Dies gilt, wie u.a. Joseph Stiglitz nachgewiesen hat, wenn überhaupt jedoch lediglich für Partner, die sich machtpolitisch und wirtschaftlich auf annähernd derselben Augenhöhe befinden.<sup>68</sup> Deshalb taugen die Beitrittskriterien „allenfalls zur Absorption entwickelter kapitalistischer Volkswirtschaften in den EU-Klub. [...] Die Evozierung der Prinzipien der sportlichen Fairness und des unbehinderten Wettbewerbs, ignoriert aber die schreiende Disparität der wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse im globalen Handel.“<sup>69</sup> In den Worten von Aileen Kiwa, von Focus on the Global South: „Fairness bedeutet nicht gleiche Regeln, sondern gleiche Ergebnisse.“<sup>70</sup>

Dennoch - oder vielleicht eher gerade deswegen - ließ die EU-Kommission von Anfang an keine Zweifel aufkommen, dass sie die Osterweiterung als machtpolitischen Jackpot auf dem Weg zur Supermacht erachtet: „Am 1. Mai 2004 tritt die Europäische Union in eine neue, historische Phase ein. Mit 25 Mitgliedstaaten, einer Bevölkerung von mehr als 450 Millionen und einem BIP von fast 10 000 Mrd. Euro wird sich das politische, geografische und wirtschaftliche Gewicht der erweiterten Union auf dem europäischen Kontinent grundlegend erhöhen.“<sup>71</sup>

60 Das europäische Interesse: Erfolg im Zeitalter der Globalisierung. Mitteilung der Kommission, Brüssel, den 3.10.2007 KOM(2007) 581 endgültig, S. 4.

61 Leaman, Jeremy: Hegemonialer Merkantilismus: Die ökonomische Doppelmentalität der Europäischen Union, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2008, S. 76-90, S. 77.

62 Yesilanda, Brian/Efird, Brian/Noordijk, Peter: Competing Among Giants: A Look at How Future Enlargement of the European Union Could Affect Global Power Transition, in: International Studies Review (2006), 8, S. 607-622, S. 615.

63 Quaisser, Wolfgang/Wood, Steve: The „New European Union“ – Characteristics, Contradictions and Challenges, Osteuropa-Institut, Kurzanalysen und Informationen Nr. 30, Februar 2008, S. 4.

64 Engelbrekt, Kjell: Multiple Asymmetries: The European Union's Neo-Byzantine Approach to Eastern Enlargement, in: International Politics 39 (März 2002), S. 37-52, S. 38.

65 Vgl. Yesilanda u.a. 2006, S. 620.

66 Ellison, David L.: Divide and Conquer: The EU Enlargement's Successful Conclusion? Institute for World Economics, Working Papers No. 161, July 2005, S. 30.

67 Vgl. Ellison 2005, S. 8.

68 Vgl. Stiglitz, Joseph: Die Schatten der Globalisierung, Berlin 2002.

69 Leaman 2008, S. 77.

70 Zit. nach Handel zwischen ungleichen Partner, Dokumentation zum Diskussionstag am 23.11.2000, URL: <http://www2.weed-online.org/eu/texte/fafdoku.pdf> (17.03.2008).

71 Größeres Europa - Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Partnern, Mitteilung der Kommission, Brüssel, den 11.3.2003, KOM(2003) 104 endgültig (weiter zitiert als Wider-Europa 2003), URL: [http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com03\\_104\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com03_104_de.pdf) (17.03.2008), S.

## 4.2 Das imperiale Design der EU-Osterweiterung

Der Beitrittsprozess fand keineswegs auf gleicher Augenhöhe statt, sondern wurde vielmehr komplett von der Europäischen Union dominiert.<sup>72</sup> Bereits 1993 hatte der Europäische Rat hierfür die so genannten „Kopenhagener Kriterien“ aufgestellt, die als Vorbedingung für eine EU-Mitgliedschaft einen neoliberalen Umbau des Wirtschaftssystems sowie die vollständige Übernahme des gesamten Rechtsbestands der EU, des so genannten *acquis communautaire* verlangten. Dabei handelt es sich um eine Ansammlung aus Gesetzen und Vorschriften im Umfang von etwa 90.000 Seiten, die es vor dem Beitritt zu implementieren galt. Mit anderen Worten, Struktur, Funktionsweise und Regelbestand der Union wurden als unveränderlich präsentiert, alles andere als die vollständige und widerspruchslose Übernahme war unverhandelbar: „Der *acquis communautaire* verkörpert im Wesentlichen die Überlegung, dass die institutionelle Ausrichtung, Reichweite und Politiken der Gemeinschaft (jetzt der Union) als ‚gegeben‘ anzusehen sind, sie dürfen von einem neuen Mitglied zum Zeitpunkt seiner Aufnahme weder in Frage gestellt noch substantiell verändert werden.“<sup>73</sup>

Verschiedene Autoren haben in diesem Kontext auf die extremen Ähnlichkeiten zwischen dem *acquis* und Konzepten aus der Hochzeit des Kolonialismus hingewiesen: „Die Herkunft des *acquis communautaire* kann bis zum Konzept des ‚Standard of Civilization‘ zurückverfolgt werden, den die europäischen Kolonialmächte Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts zusammenschmiedeten, um ihre Kolonialherrschaft zu legitimieren. Die Genealogie des *acquis communautaire* zeigt, dass das Konzept in einen Diskurs eingebettet ist, der die Konstruktion eines nicht-europäischen ‚anderen‘ bedingt. Per Definition erhebt er die EU-Mitglieder über andere Nationen und verhindert die Akzeptanz von Unterschieden unter Gleichen.“<sup>74</sup> Der „Standard of Civilization“ teilte die Welt in „zivilisierte“, „semi-zivilisierte“ und „barbarische“ Regionen ein: „Um in die ‚Staatenfamilie‘ aufgenommen werden zu können, musste ein Land beweisen, dass es die von den Europäern definierten Auflagen und Verpflichtungen respektiert, die zu einem ‚zivilisierten‘ Land gehören.“<sup>75</sup> Hiermit stellte man einen Anforderungskatalog auf, dessen Übernahme für die „barbarischen“ Regionen die einzige Option war, um nicht weiter der Willkür der europäischen Kolonialmächte ausgeliefert zu sein. Die

Universalisierung spezifisch europäischer „Normen und Werte“ legitimierte dabei ganz ähnlich wie heutzutage die eigene Expansion: „nicht-europäische Staaten mussten spezifische legale, administrative und politische Elemente in ihre Systeme integrieren, um als legal und politisch kompatibel mit europäischer Staatlichkeit erachtet zu werden.“<sup>76</sup> Gleichzeitig wurde hierdurch ein Legitimationskonstrukt für die Unterdrückung „unzivilisierter“ Regionen geschaffen: „Beim ‚Standard of Civilization‘ handelte es sich somit nicht um ein bloßes Rechtsinstrument. Er fungierte auch als Mechanismus, um die Vorherrschaft über nicht-europäische Menschen zu legitimieren, indem die Kolonialexpansion als humanitäre und zivilisierende Mission dargestellt wurde.“<sup>77</sup>

Damals wie heute sind die „zivilisatorischen Standards“ unverhandelbar. „Ebenso wie der ‚Standard of Civilization‘ im 19. Jhd. begreift die EU die politischen und ökonomischen Errungenschaften seiner Mitgliedsstaaten als universale Normen für *jedes* System.“<sup>78</sup> Mit der kategorischen Forderung, den *acquis* zu implementieren, nutzte die Europäische Union ihre strukturelle Macht, die zu einem guten Teil ein Ergebnis der ausbeuterischen Kolonialzeit ist<sup>79</sup>, um die politischen und wirtschaftlichen Strukturen der Beitrittskandidaten im eigenen Interesse zurechtzustutzen, wie EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn offen einräumt: „Die Erweiterung ist mehr ein Prozess denn ein Ziel. In diesem Prozess fungiert die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft als mächtiger Garant für die Demokratie und als Ansporn für politische und ökonomische Reformen.“<sup>80</sup> Eine Beitrittsperspektive erhielten demzufolge nur diejenigen, die sämtliche Dekrete zur vollsten Zufriedenheit Brüssels implementierten (Konditionalität), „Regimewechsel Europäischer Art“ nannte dies die amerikanische Politikwissenschaftlerin Elisabeth Pond.<sup>81</sup>

Europas Stärke, seine „Transformative Macht“, besteht deshalb gerade in Abgrenzung zu den USA darin, in der Lage zu sein, Staaten primär ohne direkte Gewaltanwendung dazu bewegen zu können, ihre politischen und wirtschaftlichen Strukturen im Sinne der Europäischen Union zu transformieren: „Die übertriebene Rhetorik von einem ‚Amerikanischen Imperium‘ übersieht die

76 Behr, Hartmut: The European Union in the Legacies of Imperial Rule? EU Accession Politics Viewed from a Historical Comparative Perspective, in: European Journal of International Relations, Vol. 13, No. 2/2007, S. 239-262, S. 240.

77 Silvia/Sampson 2003, S. 9.

78 Behr 2007, S. 254. Hervorhebung JW.

79 Vgl. Böröcz, József: Introduction: Empire and Coloniality in the „Eastern Enlargement“ of the European Union, in: ders. (Hg.): Empire's New Clothes. Unveiling EU Enlargement, 2001, URL: <http://aei.pitt.edu/144/01/Empire.pdf> (18.03.2008), S. 15f.

80 Rehn, Olli: Europe's Next Frontiers, Baden Baden 2006, S. 49.

81 Zit. nach Posener 2007, S. 93.

3.

72 Ellison 2005, S. 4.

73 Roger Goebel zit. nach Silvia, Stephen J./Sampson, Aaron: *Acquis Communautaire and European Exceptionalism: A Genealogy*, ACES Working Paper 2003.1, S. 3.

74 Silvia/Sampson 2003, S. 2.

75 Silvia/Sampson 2003, S. 5.

Tatsache, dass die Reichweite der USA oberflächlich und begrenzt ist. Die einzige Supermacht kann ihren Willen mit Bestechung, Druck oder per Dekret nahezu überall auf der Welt durchsetzen - aber wenn sie ihren Rücken zukehrt, schwinden ihre Fähigkeiten. Im Gegensatz dazu ist die Stärke der Europäischen Union tief und weit reichend: einmal in ihre Einflussosphäre eingesaugt, wandeln sich Staaten für immer.<sup>82</sup> Vor diesem Hintergrund steht es etwa für Alan Posener außer Frage, „dass die Ost-Erweiterung der EU ein imperiales Projekt war. [...] Das Zentrum stellt die Bedingungen; die Peripherie muss sie erfüllen. Das ist das klassische imperialistische Modell.“<sup>83</sup> Zu derselben Schlussfolgerung gelangt bspws. auch Jan Zielonka: „die Osterweiterung war eine beeindruckende Übung in Imperiumsbildung. [...] Bei sorgfältiger Betrachtung stellt sich der Beitrittsprozess eher als eine imperiale Unternehmung heraus, bei der die Kontrolle über eine instabile und unterentwickelte Nachbarschaft geltend gemacht wird.“<sup>84</sup>

Dass die Beitrittskandidaten dieses imperiale Design weit gehend unwidersprochen hinnehmen mussten, hatte mehrere Ursachen. Einmal war ihre Verhandlungsmacht aufgrund ihres geringen ökonomischen Potenzials - zusammengenommen entsprach es dem der Niederlande oder etwa 5% des BSP der EU-15 - äußerst gering und begründete eine bei vorigen Erweiterungsrounden in dieser Form einzigartige Asymmetrie. „[Darüber hinaus] verhandelte jedes zentral- und osteuropäisches Land bilateral mit der Europäischen Kommission, was diese Staaten weiter schwächte und sie in die schreckliche Lage versetzte, mit den anderen darum konkurrieren zu müssen, in die erste Erweiterungsrunde aufgenommen zu werden.“<sup>85</sup> Dies führte zum so genannten „Regatta-Prinzip“, das offiziell auf dem EU-Gipfel in Helsinki im Dezember 1999 angenommen wurde. Die Beitrittsanwärter sollten sich förmlich gegenseitig dabei übertreffen, die Vorgaben besser als die Konkurrenten zu implementieren, was die Konkurrenz weiter verschärfte.<sup>86</sup> Während die Osteuropäer de facto keinerlei Mitspracherecht über die konkreten Inhalte der Beitrittsvereinbarung hatten, verfügte jedes einzelne Mitgliedsland über ein Vetorecht und wusste dementsprechend seine Interessen gegenüber den Kandidaten durchzusetzen. Diese Konstellation führte schließlich zu dramatischen Zugeständnissen auf Seiten der neuen Mitglieder.<sup>87</sup>

**Weitere Gründe, all jene schmerzhaften Vorgaben zu**

82 Leonard, Mark: Why Europe will run the 21st century. London 2005, S. 3; vgl. auch Heather Grabbe: The EU's Transformative Power, 2006.

83 Posener 2007, S. 90.

84 Zielonka 2006, S. 20, 59.

85 Ellison 2005, S. 10.

86 Ellison 2005, S. 10.

87 Ellison 2005, S. 5.

akzeptieren, waren die hohe Zustimmung in der Bevölkerung, das Interesse an der symbolischen Aufwertung über eine EU-Mitgliedschaft, vor allem aber die Hoffnung, ökonomisch von einem Beitritt profitieren zu können.<sup>88</sup> „Der Beitrittswunsch der Kandidatenländer in Mittel- und Osteuropa drückt in vielen Fällen den Wunsch nach Anpassung der eigenen Lebensverhältnisse an die – als besser empfundene – Lebens- und Einkommenssituation in der EU aus.“<sup>89</sup> Diese Hoffnung sollte sich allerdings schnell als Luftschloss entpuppen. Sowohl politisch als auch ökonomisch ist die dauerhafte Peripherisierung Osteuropas unausweichlich, ja sie scheint gerade das Ziel der Erweiterung gewesen zu sein.

#### 4.3 Qui bono? Die Ausplünderung Osteuropas

Hinsichtlich der Triebfedern der EU-Osterweiterung schreibt der Wirtschaftshistoriker Hannes Hofbauer in seinem Standardwerk über diesen Prozess: „Die Triebkraft zur Erweiterung der Europäischen Union in Richtung Osten geht von der Produktivität der großen anlagesuchenden Unternehmen Westeuropas aus. [...] Nicht Entwicklungshilfe oder karikativer Gestus sind es, auch nicht die Solidarität einer christlichen Wertegemeinschaft, die Brüssel veranlassen, die Grenzen der Europäischen Union auszudehnen, sondern eine Überproduktionskrise in den westeuropäischen Zentren ist der Grund. [...] Die Osterweiterung der Europäischen Union dient vornehmlich dazu, den stärksten Kräften im Westen - den so genannten ‚Global Players‘ - neuen Marktraum zu erschließen und mit Hilfe des Regelwerks des ‚Acquis communautaire‘ abzusichern.“<sup>90</sup>

Niemand geringerer als Joschka Fischer machte in seiner programmatischen Grundsatzrede an der Humboldt-Universität bereits im Jahr 2000 keinen Hehl daraus, wer de facto am meisten vom Beitrittsprozess profitieren wird: „Die Erweiterung liegt gerade für Deutschland im obersten nationalen Interesse. [...] Gerade die deutsche Wirtschaft wird von der Erweiterung einen hohen Gewinn für Unternehmen und Beschäftigung davontragen.“<sup>91</sup> Tatsächlich wurden mit der Osterweiterung vor allem deutsche Konzerninteressen bedient: „Die Osterweiterung der EU war daher ein insbesondere von der Bundesrepublik vorangetriebenes Projekt, da es vor allem den deutschen Konzernen neue

88 Vgl. Ellison 2005.

89 Dauderstädt, Michael: Überholen, ohne einzuholen : Irland, ein Modell für Mittel und Osteuropa? Friedrich-Ebert Stiftung, Bonn 2001, URL: <http://library.fes.de/fulltext/id/01028001.htm#LOCE9E1> (18.03.2008).

90 Hofbauer, Hannes: EU-Osterweiterung. Historische Basis - ökonomische Triebkräfte - soziale Folgen, Wien 2007, S. 254.

91 Fischer, Joschka: Vom Staatenbund zur Föderation - Gedanken über die Finalität der Europäischen Integration, Vortrag an der Humboldt-Universität, 12.03.2000.

Investitionsmöglichkeiten und Absatzmärkte eröffnete.<sup>92</sup> So betrachtet war die Osterweiterung aus deutscher Sicht überaus erfolgreich: Seit 2004 exportieren deutsche Firmen mehr nach Ost- und Mitteleuropa als in die Vereinigten Staaten.<sup>93</sup>

Im Zuge des Beitrittsprozesses drängte die Europäische Union auf eine rasche und umfassende Liberalisierung der mittel- und osteuropäischen Wirtschaftsstrukturen sowie auf die Privatisierung der Staatsbetriebe, die als unverhandelbare Vorbedingung für eine EU-Mitgliedschaft eingefordert wurden. Dies führte innerhalb kürzester Zeit zu einem drastischen „Überangebot“ und so zu Spottpreisen: „Wenn zehn Staaten gleichzeitig wichtige Industrieunternehmen in so gut wie allen Sektoren privatisieren, ist der Preis einer kapitalistischen (Un-)Vernunft gemäß ohnehin bereits niedrig.“<sup>94</sup> Diese Öffnung für westliches Kapital war ein wesentliches Element zur dauerhaften „Peripheren Anbindung an Europa“ (Hannes Hofbauer): „In den ersten zehn Jahren haben es westeuropäische, US-amerikanische und ostasiatische Unternehmen geschafft, sich die besten, gewinnträchtigsten Stücke der ehemaligen kommunistischen Volkswirtschaften anzueignen. Umgekehrt floss kein investives Kapital in den Westen, um hier Konkurrenten aufzukaufen oder Betriebsstätten zu eröffnen.“<sup>95</sup>

Die Europäische Union war im Gegenzug jedoch keineswegs zu einer ähnlich weit reichenden Öffnung bereit. Liberalisiert wurden lediglich die Sektoren, in denen die Konzerne der alten Mitglieder ohnehin so große Wettbewerbsvorteile besaßen, dass ihnen von den Beitrittsaspiranten dort keine ernsthafte Konkurrenz erwachsen konnte.<sup>96</sup> Auch hier wird der imperiale Charakter des Prozesses deutlich. Denn während in Kern-europa als strategisch wichtig eingestufte Sektoren vor Übernahmen geschützt werden, zeigt sich andererseits, „dass der Ausverkauf gerade diejenigen Branchen der Wirtschaft in den Transformationsländern betraf, die nach der Ansicht der westeuropäischen Staatsfondgegner zu den strategisch sensiblen Bereichen gehören.“<sup>97</sup> Zusammengefasst lässt sich also feststellen, dass der gesamte Beitrittsprozess streng auf die Durchsetzung der Interessen der alten Mitgliedstaaten ausgerichtet wurde.<sup>98</sup> Obwohl von vorneherein klar war, dass die dekretierten „Wirtschaftsreformen“ zu erheblichen sozialen Verwerfungen führen mussten, wurden die Beitrittsaspiranten dennoch dazu gezwungen, ein „Tal der Tränen“ zu durchschreiten, um den berühmten Ausspruch

92 Krüger 2006, S. 3.

93 Kühnlenz, André: Akute Krisengefahr in Osteuropa, Financial Times Deutschland, 29.02.2008.

94 Hofbauer 2007, S. 257.

95 Hofbauer 2007, S. 254f.

96 Vgl. Engelbrekt 2002, S. 39.

97 Leaman 2008, S. 85

98 Ellison 2005, S. 27.

Lord Dahrendorfs zu zitieren. Als Begründung diene die Aussage, trotz der schmerzhaften Zugeständnisse sei dies die einzige Möglichkeit längerfristig das Wohlstandsgefälle zum europäischen Zentrum zu schließen. Das Tal der Tränen hat sich mittlerweile jedoch als eine Sackgasse ohne Ausweg herausgestellt.

#### 4.4 Die EU-Osterweiterung: eine Erfolgsgeschichte?

Die ökonomischen Auswirkungen der im Rahmen des Beitrittsprozesses verordneten „Schocktherapie“ waren gigantisch. Im Schnitt war das Bruttosozialprodukt (BSP) in Mittel- und Osteuropa im Jahr 1997 um fast 12% niedriger als 1990.<sup>99</sup> Die Arbeitslosenquoten schnellten von nahezu null auf zweistellige Bereiche in die Höhe, während gleichzeitig die Löhne dramatisch sanken: In Ungarn musste die Bevölkerung eine Einbuße um 26%, in Polen, Rumänien, Slowenien und der Slowakei zwischen 17-22% und in den baltischen Staaten sowie Bulgarien um 65% hinnehmen. „Ökonomische Stabilisierungsprogramme und marktwirtschaftliche Reformen, so schmerzhaft sie auch waren, wurden von den westlichen Finanzinstituten als Vorbedingung für irgendeine finanzielle oder technische Hilfe abverlangt. Diese Reformen waren ebenso erforderlich, um sich für eine EU-Mitgliedschaft zu qualifizieren. [...] Ein dramatischer Anstieg der Armut und ein präzedenzloser Anstieg sozialer Differenzierung folgten.“<sup>100</sup>

Das Hauptargument, mit dem die Beitrittskandidaten durch den neoliberalen Horrorparcours gejagt wurden, bestand in der Behauptung, nur so sei nachhaltiges Wirtschaftswachstum und damit eine langfristige Armutsreduzierung möglich. Als Zuckerbrot diene dabei die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, mit der dieser Ausverkauf jedoch gleichzeitig irreversibel abgeschlossen wurde: „Die Folge - die osteuropäischen Erweiterungsgebiete weisen soziale Verwerfungen ungeheuren Ausmaßes auf: eine für Randzonen der Weltwirtschaft typische extreme Auseinanderentwicklung von wenigen Reichen und mehr werdenden Armen sowie das Fehlen einer Mittelklasse. [...] Die Absicherung dieser Verhältnisse wird Integration genannt.“<sup>101</sup>

Wie bereits erwähnt, mussten die Länder Osteuropas ihre Firmen im Zuge des Beitrittsprozesses der „fairen“ Konkurrenz mit übermächtigen westeuropäischen Konzernen aussetzen, womit sie faktisch zum Untergang verdammt wurden.<sup>102</sup> Hierdurch wurden - gekoppelt mit dem extrem belastenden Schuldendienst in Richtung Westeuropa - die Bedingungen für eine dauerhafte

99 Vgl. Beams, Nick: UN-Bericht zu Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion. Der „freie Markt“ führt zu sozialer Katastrophe, World Socialist Web Site, 21.08.1999.

100 Zielonka 2006, S. 30f.

101 Hofbauer 2007, S. 258ff.

102 Vgl. Ellison 2005, S. 8.

**Tabelle 2: Das Wachstum der neuen Mitgliedsstaaten im Jahr 2007**

Lettland	10,3%
Litauen	8%
Estland	7,3%
Slowakei	8,8%
	<b>Ukraine 6,9%</b>
	<b>Weißrussland 6,9%</b>
Polen	6,5%
Bulgarien	6,1%
Rumänien	5,9%
Slowenien	5,8%
Tschechien	5,7%
Ungarn	2,1%

Quelle: CIA: *The 2008 World Factbook*, URL: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook>

Peripherisierung Osteuropas geschaffen: „Während also verwertungshungriges Kapital nach Osteuropa ging, um unter der Fahne des freien Gewinntransfers Profite an die westlichen Mutterkonzerne zu überweisen, sind es Schuldnergesellschaften aus Osteuropa, die Jahr für Jahr in Form von Kreditraten für eine Kapitalschuld von insgesamt 165. Mrd. US-Dollar (im Jahr 2001) und 363 Mrd. Euro (ohne die drei baltischen Staaten im Jahr 2006) für die zehn osteuropäischen Beitrittsländer an westliche Gläubiger Banken fließen. Einen eindeutigeren Beweis für die Randständigkeit Osteuropas als der ständige Kapitalzufluss in Richtung Westen kann wohl nicht erbracht werden.“<sup>103</sup>

Zwar hat sich mittlerweile in den Beitrittsstaaten ein halbwegs stabiles Wirtschaftswachstum eingestellt, das gemeinhin als Beweis für den Erfolg der EU-Politik angeführt wird. Allerdings ist es mehr als zweifelhaft, diesen Erfolg der Europäischen Union zuzuschreiben. So war zwar das Wirtschaftswachstum im Durchschnitt der letzten Jahre konstant höher als in den EU-15<sup>104</sup>, zieht man jedoch vergleichbare Länder heran, zeigt sich schnell, dass es sich hierbei um alles andere als die viel beschworene Erfolgsgeschichte handelt. So wird das Wirtschaftswachstum Polens für das Jahr 2007 auf 6,5%, das Tschechiens auf 5,7% und das Ungarns sogar lediglich auf 2,1% geschätzt. Demgegenüber kann die außerhalb der Europäischen Union agierende Ukraine ein Wachstum von 6,9% ausweisen. Selbst das viel gescholtene Weißrussland kommt ebenfalls auf eine Steigerung um 6,9%. Beide liegen damit also deutlich höher als der Durchschnitt der neuen EU-Mitglieder.

Bedenkt man hierbei noch, dass sämtlichen neu-

103 Hofbauer 2007, S. 255.

104 Zwischen 1993 und 2002 wuchs das BIP in den neuen osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten um durchschnittlich 4,5 % pro Jahr, während der EU-Durchschnitt lediglich 2 % betrug. Vgl. Derendinger, Peter/Salesny, Petra: Attraktives Risiko-/Renditeprofil für Private Equity-Anlagen, *VentureCapital Magazin* 2/2005.

en Beitrittsländern eine deutliche Abschwächung der Wachstumsraten prognostiziert wird, wobei gerade im Falle der baltischen Staaten (sowie Rumäniens und Bulgariens) dem Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) zufolge der Rückgang besonders drastisch ausfallen dürfte<sup>105</sup>, bleibt von der angeblichen Erfolgsgeschichte nichts mehr übrig. Darüber hinaus sagt das vergleichsweise bescheidene, weil nach der Schocktherapie von extrem niedrigem Niveau ausgehende Wirtschaftswachstum wenig bis nichts über die soziale Lage aus. Auch und gerade in diesem Bereich hinterließen die neoliberalen Deformen - Abbau von Sozialleistungen, Streichung von Subventionen für Lebensmittel, etc. -, wie bereits beschrieben, ihre Spuren.

#### 4.5 Osteuropa - das permanente Armenhaus am Rande Europas

Der Verdacht liegt nahe, dass den osteuropäischen Ländern der Status eines dauerhaft verarmten Randgebietes zugeordnet wird und sie permanent auf die Rolle einer „verlängerten Werkbank“ (Hannes Hofbauer), als Billigproduzenten mit Niedrigsteuerniveau reduziert werden sollen. In der Tat lobt bspws. eine Analyse der Commerzbank die hieraus resultierenden immensen Kostenvorteile: „Mittel- und Osteuropa ist im Vergleich zum Euro-Raum grundsätzlich ein attraktiver Niedriglohn-Standort mit qualifizierten Arbeitskräften. Die Kostenvorteile ergeben sich insbesondere aus den nach wie vor deutlich geringeren Löhnen und Lohnnebenkosten, aus dem niedrigeren Steuerniveau und den günstigeren Investitionskosten. [...] Eine Arbeitsstunde in der Industrie und Dienstleistung kostet

– in der (alten) EU-15 durchschnittlich 24,32 Euro (in Deutschland sogar 26,05 Euro),

– in den zehn EU-Beitrittsländern von 2004 rund 5,50 Euro, bei den Beitrittskandidaten von 2007 rund 1,50 Euro. [...]

Der durchschnittliche Körperschaftsteuersatz beträgt in – den Beitrittsländern 19%,

– der EU-15 zurzeit 29,36%. Dabei ist die Körperschaftsteuer in Deutschland mit 38,29%<sup>106</sup>

Zwar begünstigt diese vom Zentrum geförderte Niedrigsteuerepolitik Investitionen westeuropäischer Konzerne, sie lässt jedoch den staatlichen Haushalten kaum Mittel für eine aktiv gestaltende Politik zur Verbesserung der eklatanten sozialen Schieflage.<sup>107</sup> Aus eigener Kraft werden es deshalb die neuen Mitgliedsstaaten kaum schaffen, das enorme Wohlstandsgefälle zu den

105 Kühnlenz 2008.

106 standortfaktoren im überblick, Commerzbank, September 2006, URL: [https://www.companymworld.de/de/sonderthemen/mittel\\_osteuropa/files/standortfaktoren\\_ueberblick.pdf](https://www.companymworld.de/de/sonderthemen/mittel_osteuropa/files/standortfaktoren_ueberblick.pdf) (18.03.2008).

107 Leaman 2008, S. 88f.

**Tabelle 3: Gelder aus den Struktur- und Kohäsionsfonds**

	Millionen Euro (2004-2006)	Anteil am BIP	Gelder pro Einwohner
Zypern	101	0,4%	150,52
Tschechien	238	1,4%	226,64
Estland	618	3,7%	430,36
Ungarn	2847	1,9%	284,02
Polen	11369	2,2%	294,16
Slowenien	405	0,7%	203,62
Lettland	1036	4,5%	428,63
Litauen	1366	3,7%	369,59
Slowenien	1560	2,5%	288,83
Malta	79	0,7%	202,56
Spanien	23163	1,3%	587,27
Portugal	9570	2,8%	957,15
Griechenland	10295	2,8%	976,45
Irland	1632	0,5%	432,09

Quelle: Ellison 2005.

EU-15 auch nur halbwegs schließen zu können. Allerdings war der „Abbau der Einkommensunterschiede“, wie eine Analyse der Friedrich-Ebert Stiftung ausführt, bislang stets „ein gemeinsames Ziel der EU und der Beitrittsländer.“<sup>108</sup> Vor allem mit Hilfe der Struktur- und Kohäsionsfonds sollten die Disparitäten mit Hilfe von Transferleistungen überwunden und so den politischen Absichtserklärungen auch substantielle ökonomische Mittel beiseite gestellt werden. Umso entscheidender ist deshalb in diesem Zusammenhang, dass dieses Grundprinzip mit der EU-Osterweiterung faktisch aufgekündigt wurde. Damit wird aber - und hierin liegt die Tatsache begründet, weshalb sich der Charakter der EU mit der Osterweiterung grundlegend verändert hat - sehenden Auges in Kauf genommen, dass sich *innerhalb* der EU eine dauerhaft unterentwickelte Peripherie herausbildet, ohne dass auch nur der ernsthafte Versuch unternommen würde, hieran etwas zu verändern.

Der imperial strukturierte Beitrittsprozess wurde in diesem Kontext dazu genutzt, die bei bisherigen Erweiterungen üblichen Transferleistungen massiv einzuschränken. Ein Grund hierfür waren die Erfahrungen, die Westdeutschland mit den hohen Kosten im Zuge der Wiedervereinigung gemacht hatte. Vor diesem Hintergrund wurden Bestrebungen, über Transferzahlungen den osteuropäischen Staaten ein Aufholen zu ermöglichen, so es sie denn je gab, ungeachtet vollmundiger Aussagen jene Staaten „heim ins europäische Haus“ holen zu wollen, schnell im Keim erstickt.<sup>109</sup> So nutzte Frankreich seine Vetomöglichkeit, um seine Interessen zuungunsten der Beitrittskandidaten im Bereich der EU-Agrarpolitik durchzusetzen und Deutschland wehrte sich vehement gegen eine massive Aufstockung der Struktur- und Kohäsionsfonds. Gleichzeitig achteten die bisherigen Hauptprofiteure dieser Fonds, Spanien,

Portugal, Griechenland und Irland, eifersüchtig darauf, auch weiterhin zu Lasten der neuen Beitrittsländer den größten Teil vom Kuchen abzubekommen. Schon 1999 beschlossen deshalb die alten EU-Mitglieder, dass lediglich 0,45% des gesamten EU-Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Struktur- und Kohäsionsmaßnahmen zur Verfügung stehen dürfen, womit die Ausgaben nach oben hin gedeckelt wurden. Gleichzeitig wurde darüber hinaus noch eine Höchstgrenze für Transferleistungen von 4% des BIP festgelegt, wodurch die reicheren Empfängerländer gegenüber den armen Neumitgliedern massiv bevorteilt wurden (siehe Tabelle). „In Zahlen ausgedrückt hätten die neuen Mitgliedsstaaten [ansonsten] zwischen 2 und 80mal soviel Unterstützung erhalten. In diesem Zusammenhang lässt sich die Logik der BIP-Obergrenze von 4% leichter verstehen. Dieses Limit hatte einen entscheidenden Anteil auf das Ausmaß, in dem die neuen Mitglieder von den Struktur- und Kohäsionsfonds profitieren konnten und sicherte den alten Mitgliedern relevante kontinuierliche Zahlungen.“<sup>110</sup> Da zudem auch noch die Verteilungsmechanismen fixiert wurden, sind die meisten Neumitglieder derzeit weit davon entfernt, auch nur in die Nähe der ohnehin knapp bemessenen 4% BIP-Grenze zu gelangen. Auch für die Finanzperiode 2007-2013 ist hier keine Besserung in Sicht, weshalb die Transferleistungen der Union in Richtung Osteuropa derart vernachlässigbar sind, dass sie kaum effektiv einen Beitrag zur Schließung des Wohlstandsfalles leisten können.<sup>111</sup>

Zusammengenommen lässt sich festhalten, dass es sich bei der EU-Osterweiterung um alles andere als um ein karikatives Projekt gehandelt hat: „Bei dieser Erweiterung ging es darum ein präzedenzloses Machtvaku-

110 Ellison 2005, S. 20.

111 Nach Ostdeutschland wurden allein zwischen 1991 und 1995 insgesamt 450 Mrd. Euro transferiert, während für sämtliche neuen EU-Mitglieder im Zeitraum von 2004-2006 lediglich 40 Mrd. Euro bereitgestellt wurden. Vgl. Hofbauer 2007, S. 280.

108 Dauderstädt 2001.

109 Hofbauer 2007, S. 255.

um in den nördlichen, östlichen und südlichen Teilen des Kontinents auszufüllen. Es ging um die Eroberung, Reformierung und Regulierung neuer Märkte.<sup>112</sup> Auch die offizielle Deutung einer Erfolgsgeschichte lässt sich angesichts der realen Ergebnisse nur schwerlich aufrechterhalten. „Dagegen ist die Gefahr einer stockenden, unvollendeten Entwicklung und der langfristigen Unterordnung dieser Volkswirtschaften als eine permanente Peripherie verhältnismäßig groß.“<sup>113</sup>

## 5. Die Imperialisierung der EU und ihre neue Zentrum-Peripherie-Struktur

Mit der EU-Osterweiterung hat sich, wie im vorigen Kapitel beschrieben, der Charakter der EU unumkehrbar verändern. Um die Tragweite dieser Veränderung zu erfassen, darf man jedoch den Blick nicht allein auf die ökonomische Peripherisierung richten. In der Tat wird teilweise argumentiert, die Osterweiterung könne keineswegs als imperiales Projekt bezeichnet werden, da ja am Ende umfassende Mitsprache- und Einflussmöglichkeiten auf die Metropole bestünden.<sup>114</sup> Genau aufgrund dieser Überlegung waren die neuen Mitglieder auch im wirtschaftlichen Bereich zu gravierenden Zugeständnissen bereit, denn „man darf nicht vergessen, dass der eigentliche Preis nicht finanzieller, sondern politischer Natur war. Die Erweiterung der Union sollte den Kandidaten Zugang zur Entscheidungsfindung ermöglichen.“<sup>115</sup> Hierüber erhofften sich die neuen Mitglieder künftig die eigenen ökonomischen und politischen Interessen innerhalb der Union effektiv wahrnehmen und die teils extrem schmerzhaften Zugeständnisse im Zuge des Beitrittsprozesses wenigstens in Teilen rückgängig machen zu können. Exakt aus diesem Grund folgte die politische Peripherisierung der neuen Beitrittskandidaten der ökonomischen auf dem Fuße, indem die Machtverhältnisse innerhalb der Union grundlegend neu geordnet wurden, wie in diesem Kapitel beschrieben werden soll.

An Begriffen für die hiermit einhergehende Hierarchisierung EUropas mangelt es nicht, es herrscht diesbezüglich eine geradezu babylonische Sprachverwirrung, um den neuen Charakter der Union zu beschreiben: „differenzierte Integration“; „flexible Integration“; „asymmetrische Integration“; „engere Kooperation“; „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“; „variable Geometrie“; „à la carte Europa“. Am treffendsten ist wohl aber das Bild vom „Europa der konzentrischen Kreise“, denn im Kern laufen all diese Bezeichnungen auf dasselbe Ergebnis hinaus. Mit dem Argument, es gelte auch nach dem Beitritt zahlreicher weiterer Staaten die „Entschei-

dungsfähigkeit“ der Union zu gewährleisten, initiierten die Kerneuropa-Staaten strukturelle Veränderungen, um so den neuen Mitgliedern dauerhaft der Platz am politischen Katzentisch der Union zuzuweisen. „Als Konsequenz verfügen die ost- und mitteleuropäischen Staaten auch nach dem Beitritt zur Union über wenig Möglichkeiten, die Ungleichgewichte, die in ihren Beitrittsverträgen niedergeschrieben wurden, zu revidieren.“<sup>116</sup> Dies geschah vor allem durch die Neuverteilung der Stimmgewichtung im Europäischen Rat sowie die Forcierung des Kerneuropa-Konzepts.

### 5.1 Stimmgewichtung: vertraglich verankerte Machtverschiebung

Schon früh zerbrachen sich die Kerneuropa-Staaten den Kopf darüber, wie ihre politischen Macht- und Einflussmöglichkeiten in einer um zehn bzw. zwölf Staaten erweiterten Union gewahrt bzw. wenn möglich sogar ausgebaut werden konnten. Hierfür wurde bereits 1997 versucht, mit dem Amsterdamer Vertrag ein grundlegender Umbau des EU-Institutionengefüges angestrebt, mit dem die Machtverteilung von den kleinen und mittleren hin zu den größten EU-Staaten verschoben werden sollte. Um dies zu erreichen, sollte die Stimmgewichtung im wichtigsten EU-Gremium, dem Rat der Regierungschefs, verändert werden. Dieser Versuch, die Entscheidungsprozesse bei Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit, für die das Konsensprinzip nicht gilt, zu zentralisieren, scheiterte jedoch zunächst und konnte erst im Vertrag von Nizza im Jahr 2000 verankert werden: „Der Gipfel von Nizza im Jahr 2000 - mit dem sämtliche notwendigen institutionellen Veränderungen vor der Erweiterung abgeschlossen sein sollten - verschob die Balance der Entscheidungsfindung zugunsten der größeren Staaten.“<sup>117</sup>

Allerdings konnte man seinerzeit noch nicht von einem Sieg auf der ganzen Linie sprechen. Denn die ausverhandelte Neuverteilung fiel zwar erheblich zuungunsten der kleinen und kleinsten Staaten aus<sup>118</sup>, mittelgroße Länder, vor allem Polen und Spanien, konnten sich aber erhebliche Einflussmöglichkeiten bewahren (siehe Tabelle). Da aber gerade deren Herabstufung eines der Hauptziele war, wurde im Vertrag von Niz-

116 Ellison 2005, S. 33.

117 Ellison 2005, S. 31.

118 „In Zahlen ausgedrückt berücksichtigt die Machtverteilung nach Nizza für die EU-27 zu 92% die Legitimation der EU als Gemeinschaft von Bürgern und zu 8% als Gemeinschaft von Staaten. Vor Nizza lag die Verteilung noch bei 78% (Bürger) zu 22% (Staaten). Diese Verschiebung hängt mit der Umverteilung der Macht zu Gunsten der großen Staaten zusammen.“ Vgl. Püplichhuisen, Felix: Entscheidungsfindung im europäischen Ministerrat vor und nach der Osterweiterung, 08.01.2007, URL: [http://www.giw.uni-bayreuth.de/dialog\\_seminar/Seminararbeiten2007/Hausarbeit\\_Pueplichhuisen.pdf](http://www.giw.uni-bayreuth.de/dialog_seminar/Seminararbeiten2007/Hausarbeit_Pueplichhuisen.pdf) (18.03.2008).

112 Zielonka 2006, S. 44f.

113 Leaman 2008, S. 87.

114 Vgl. bspws. Engelbrekt 2002, S. 42.

115 Zielonka 2006, S. 45.

**Tabelle 4: Die Stimmgewichtung im Europäischen Rat vor und nach dem Vertrag von Nizza (2000)**

<b>Mitgliedsstaat</b>	<b>Stimmen nach Nizza</b>	<b>Stimmen vor Nizza</b>
Deutschland	29	10
Vereinigtes Königreich	29	10
Frankreich	29	10
Italien	29	10
Spanien	27	8
Polen	27	--
Niederlande	13	5
Griechenland	12	5
Tschechische Rep.	12	--
Belgien	12	5
Ungarn	12	--
Portugal	12	5
Schweden	10	4
Osterreich	10	4
Slowakei	7	--
Dänemark	7	3
Finnland	7	3
Irland	7	3
Litauen	7	--
Lettland	4	--
Slowenien	4	--
Estland	4	--
Zypern	4	--
Luxemburg	4	2
Malta	3	2

Quelle: Frisch, Anika: *Die Institutionen der Europäischen Union nach dem Vertrag von Nizza und nach dem Verfassungsvertragsentwurf des Konvents*, 16. März 2004, URL: <http://www.thueringen.de/imperia/md/content/tsk/thringenbrobrssel/6.pdf> (18.03.2008)

za explizit der Auftrag für eine neuerliche Reform des Machtgefüges verankert. Diese sollte gerade auch mit Blick auf die künftigen neuen Mitglieder noch vor deren Aufnahme per EU-Verfassungsvertrag über die Bühne gebracht werden.<sup>119</sup> Ein Berater des an der Ausarbeitung des Verfassungsvertrags beteiligten Erwin Teufel beschrieb dessen Ziel folgendermaßen: „Mit Blick auf die bevorstehende Erweiterung der EU von 15 auf 25 und mehr Mitgliedstaaten war in den neunziger Jahren klar geworden, dass die große gesamteuropäische Union des 21. Jahrhunderts einer neuen verfassungsmäßigen Ordnung bedarf, um handlungsfähig zu bleiben.“<sup>120</sup> Vor diesem Hintergrund machten sich die Kerneuropa-Staaten daran, über den EU-Verfassungsvertrag ihre Macht- und Entscheidungsbefugnisse nochmals erheblich auszuweiten.

Auch von dem Scheitern des Verfassungsvertrags bei den Referenden in Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2005 ließ man sich nach einer kurzen Denkpause nicht beirren. Statt das Votum der Bürger ernst zu nehmen, wurde der Verfassungsvertrag kurzerhand in „Reformvertrag“ bzw. „Vertrag von Lissabon“ umbenannt. Dieses „neue“ Vertragswerk ist in nahezu allen wesentlichen Punkten deckungsgleich mit dem Verfas-

sungsvertragsentwurf. Es wurde im Dezember 2007 unterzeichnet und soll bis zu den Europawahlen 2009 mit weitreichenden Auswirkungen in Kraft treten.

Wie schon der Verfassungsvertrag (Artikel I, 25) führt auch der Reformvertrag exakt denselben demografischen Faktor - die so genannte doppelte Stimmgewichtung - ein, mit der die Machtverteilung bei Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit zugunsten der bevölkerungsreichsten Länder verschoben wird: „Ab dem 1. November 2014 gilt als qualifizierte Mehrheit eine Mehrheit von mindestens 55 % der Mitglieder des Rates, gebildet aus mindestens 15 Mitgliedern, sofern die von diesen vertretenen Mitgliedstaaten zusammen mindestens 65 % der Bevölkerung der Union ausmachen. Für eine Sperrminorität sind mindestens vier Mitglieder des Rates erforderlich, andernfalls gilt die qualifizierte Mehrheit als erreicht.“<sup>121</sup> Durch diesen Passus werden die Einflussmöglichkeiten der kleineren Staaten nochmals erheblich beschnitten. Die Hauptverlierer sind allerdings Spanien und Polen, die bislang über nahezu dasselbe Stimmrecht wie die mächtigsten EU-Staaten verfügen. Denn von der neuen Regelung profitieren vor allem die bevölkerungsreichsten Staaten, allen voran Deutschland, das hierdurch seinen Stimmanteil etwa verdoppelt, aber auch Frankreich, Großbritannien und Italien (siehe Tabelle): „Die Machtverteilung fin-

119 Quaisser/Wood 2008, S. 1.

120 Zit. nach Wehr, Andreas: *Wer regiert in Europa? Die neue Hegemonialordnung des Europäischen Verfassungsvertrages*, Studien zur Militarisierung EUropas 15/2006, S. 2.

121 Artikel 9c (4) des Reformvertrags in der Fassung vom 3. Dezember 2007 (CIG 14/07).

**Tabelle 5: Veränderungen für die Beschlussfassung im Europäischen Rat und im Rat durch den EU-Reformvertrag\***

	Länder	Nizza	Reformvertrag	Veränderung
	Deutschland	9,0%	18,2%	+ 9,2%
	Frankreich	9,0%	13,2%	+ 4,1%
	Großbritannien	9,0%	13,0%	+ 4,0%
	Italien	9,0%	12,6%	+ 3,6%
	Spanien	8,4%	9,0%	+ 0,6%
	Polen	8,4%	8,4%	0,0%
<b>Verlierer</b>	Niederlande	4,0%	3,6%	-0,5%
	Griechenland	3,7%	2,4%	-1,3%
	Portugal	3,7%	2,3%	-1,4%
	Belgien	3,7%	2,3%	-1,5%
	Tschechische Republik	3,7%	2,3%	-1,5%
	Ungarn	3,7%	2,2%	-1,5%
	Schweden	3,1%	2,0%	-1,1%
	Osterreich	3,1%	1,8%	-1,3%
	Dänemark	2,2%	1,2%	-1,0%
	Slowakei	2,2%	1,2%	-1,0%
	Finnland	2,2%	1,1%	-1,0%
	Irland	2,2%	0,9%	-1,3%
	Litauen	2,2%	0,8%	-1,4%
	Lettland	1,2%	0,5%	-0,7%
	Slowenien	1,2%	0,4%	-0,8%
	Estland	1,2%	0,3%	-0,9%
	Zypern	1,2%	0,2%	-1,1%
	Luxemburg	1,2%	0,1%	-1,1%
	Malta	0,9%	0,1%	-0,8%

\* Berechnungen auf Grundlage der EU-25, für die EU-27 ergeben sich leichte Abweichungen.  
Quelle: Wehr 2006

det durch diese Reform noch stärker zu Gunsten der Großen statt als durch den Vertrag von Nizza; jedoch müssen Polen und Spanien Machteinbußen hinnehmen.<sup>122</sup> Dass der Reformvertrag gleichzeitig auch die Bereiche ausweitet, in denen mit qualifizierter Mehrheit abgestimmt werden soll, akzentuiert diese Machtverschiebung zusätzlich.<sup>123</sup>

Zwar hatte Spanien seinen Widerstand schnell aufgegeben, Polen ließ sich aber trotz massiver Drohungen nicht so schnell einschüchtern und bestand lange Zeit darauf, die Regelungen von Nizza beizubehalten - insofern war es aus Sicht der Kerneuropa-Staaten extrem ärgerlich, dass es nicht gelungen war, die Veränderungen noch vor dem EU-Beitritt Polens unter Dach

122 Püplichuisen 2007, S. 9.

123 Ellison 2005, S. 32.

und Fach bekommen zu haben. Wie rau mittlerweile der Ton gegenüber Staaten geworden ist, die dem imperialen Expansionsprozess entgegenstehen, zeigen in diesem Kontext die Aussagen Werner Weidenfelds, vom Bertelsmann-finanzierten Centrum für angewandte Politikforschung, dem unlängst abermals attestiert wurde, der einflussreichste deutsche Politikwissenschaftler zu sein<sup>124</sup>: „Polen wird sehr schnell spüren, was es bedeutet, alleine den historischen Kurs Europas aufhalten zu wollen. Von der Finanzplanung bis zur Strukturpolitik wird der polnischen Regierung ein eisiger Wind ins Gesicht wehen - was naturgemäß die Verhandlungsbereitschaft wachsen lässt und die innenpolitische Bereitschaft zum

124 Nummer Eins der Politikberatung. Politikwissenschaftler erklären Prof. Werner Weidenfeld erneut zum einflussreichsten Politikberater der Zukunft, CAP, 15.12.2007.

Kompromiss fördert.“<sup>125</sup>

Zwar konnte sich Polen, zum Bedauern der Initiatoren dieser Machtverschiebung damit durchsetzen, dass die neue Stimmverteilung erst ab 2014 gilt und danach noch eine Übergangsfrist von weiteren 3 Jahren besteht, in der bei Antrag noch nach dem alten Abstimmungs-Prinzip verfahren werden kann (Ioanina-Klausel). Trotz dieses Teilerfolgs<sup>126</sup> ist die Tragweite dieser Machtverschiebung nach in Kraft treten des Reformvertrags kaum zu überschätzen: „Die Union [wird] danach eine andere werden. Die Mitgliedstaaten verlieren weiter an Souveränität, die großen Länder werden auf Kosten der kleinen gestärkt und die Zentralisierung ihrer Entscheidungsstrukturen wird die EU noch undemokratischer machen. Sie droht ihren Charakter als Aushandlungsgemeinschaft zu verlieren und eine feste Hegemonialordnung von Metropole und Peripherie zu werden.“<sup>127</sup> Diese Hierarchisierung der Europäischen Union verstärkt sich zusätzlich durch die Forcierung des Kerneuropa-Konzepts.

## 5.2 Die institutionelle Verankerung Kerneuropas

Bezeichnenderweise waren es vor allem deutsche Politiker und Intellektuelle, die sich besonders dabei hervortaten, die Schaffung eines Kerneuropas der großen und mächtigen Staaten voranzutreiben. Konzeptionelle Vordenker waren in diesem Zusammenhang die CDU-Politiker Wolfgang Schäuble und Karl Lamers. Sie plädierten bereits im Jahr 1994 in einem gemeinsamen Papier aus Sorge vor einer „Überdehnung der Institutionen“ für die „Herausbildung eines Kerneuropas.“<sup>128</sup> Einen weiteren wichtigen Impuls in diese Richtung gab Joschka Fischer in seiner Humboldt-Rede sechs Jahre später, als er warnte, dass mit der Erweiterung die „Absorptionsfähigkeit“ der Union in Frage gestellt sei. Deshalb müsse nun die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, dass „eine kleinere Gruppe von Mitgliedstaaten als Avantgarde diesen Weg vorausgehen, d.h. ein Gravitationszentrum aus einigen Staaten bilden.“<sup>129</sup> Auch in

125 Zit. nach Pffüger, Tobias: EU-Verfassungsvertrag: Die Ablehnungen in Frankreich und den Niederlanden als Chance für eine andere Politik nutzen, IMI-Analyse 2005/015.

126 „Da es [das neue Stimmrecht] erst ab 2014 gilt, wird die für 2008 anstehende grundlegende Reform der Agrar- und Regionalpolitik der EU, bei der es um sehr viel Geld gehen wird, noch auf Grundlage des alten, in Nizza vereinbarten Abstimmungsmodus entschieden. Polens Chancen für seine Bauern dabei einiges mehr herauszuholen sind damit deutlich gestiegen.“ Wehr, Andreas: Vom Verfassung- zum Reformvertrag - Wohin geht die Europäische Union, in: Marxistische Blätter 5/2007.

127 Wehr 2007.

128 Schäuble, Wolfgang/Lamers, Karl: Überlegungen zur europäischen Politik, 01.09.1994, URL: <http://www.wolfgang-schaeuble.de/positionspapiere/schaeublelamers94.pdf> (17.03.2008), S. 10.

129 Fischer 2000.

Frankreich hat sich diese Idee mittlerweile durchgesetzt, so sprach Ministerpräsident Jacques Chirac bereits im Jahr 2000 von „Pioniergruppen“<sup>130</sup> und auch sein Nachfolger Nicolas Sarkozy vertritt die Idee, einzelne Staaten müssten zum „Motor des neuen Europa“ werden.<sup>131</sup>

Insofern verwundert es nicht, wenn Frankreich und Deutschland als Triebfedern der Kerneuropa-Idee betrachtet werden: „Forderungen nach einem Kerneuropa ergaben sich insbesondere für deutsche und französische Eliten aus der Absicht, in der EU einen machtpolitischen Kern zu formieren, der sich um das deutsch-französische Tandem schart. In einem solchen Kerneuropa wird die Basis europäischer ‚Neuordnung‘ gesehen, die die Richtung der Integration bestimmt und die Peripherie daran bindet.“<sup>132</sup> Mehr noch, die meisten Analysen konstatieren zwar ebenfalls einen mit der Kerneuropa-Idee verbundenen Formwandel der Union, der etwa mit dem Begriff der „differenzierten Integration“ beschrieben wird. Darin kommt allerdings die Auffassung zum Tragen, der entscheidende Gegensatz bestünde *zwischen* der Gruppe der „Verweigerer“ um Großbritannien, die jeden weiteren Integrations-schritt hin zu einer Art „Vereinigten Staaten von Europa“ vehement ablehnen und den „vertiefungswilligen Staaten“, angeführt von Deutschland und Frankreich, die gegebenenfalls mit weiteren Integrations-schritten allein voranschreiten, sollte die Union als Ganzes hierzu nicht bereit sein. Demgegenüber wird hier argumentiert, dass diese unzweifelhaft vorhandenen Differenzen angesichts der Tatsache, dass sich Deutschland, Frankreich *und* Großbritannien einmütig dazu aufgemacht haben, die Europäische Union in ein Imperium mit ihnen im Zentrum zu verwandeln, in den Hintergrund treten.

Die konkrete Ausgestaltung des Kerneuropa-Konzeptes unterstützt diese Position. Denn die gemeinsame Sorge der Kerneuropa-Staaten besteht darin, durch die Aufnahme immer weiterer kleinerer Länder sukzessive die Kontrolle über die Union einzubüßen.<sup>133</sup> Charles Grant, vom Centre for European Reform, fasste diese Überlegung folgendermaßen zusammen: „Nun, da die EU größer wird, müssen sich die kleinen Staaten damit abfinden, dass es schwieriger werden wird, die großen

130 A multi-speed Europe, Tomorrow Europe Nr. 21, Februar 2004, URL: <http://www.ciginfo.net/demain/files/tomorrow21en.pdf> (18.03.2008), S. 4.

131 Veit, Winfried: Avantgarde und Europäische Nachbarschaftspolitik, Friedrich-Ebert Stiftung, Internationale Politikanalyse Europäische Politik, Oktober 2006.

132 Wilhelm Ersil: EU-Erweiterung, Kerneuropa und „verstärkte Zusammenarbeit“, in: Eine kritische Betrachtung des EU-Beitritts der Länder Mittel- und Osteuropas aus linker Sicht Auftragsstudie der GUE/NGL-Fraktion des Europäischen Parlaments, Dezember 2000, S. 56-63, S. 59.

133 Vgl. Guérot, Ulrike: State building and the EU's supra-national momentum, European Council on Foreign Relations, 02.02.2008.

Mitglieder davon zu überzeugen, dass sie innerhalb des EU-Rahmens agieren sollen, anstatt in kleinen, informellen Gruppen.<sup>134</sup> Mit anderen Worten, „die Regierungen der großen Staaten [...] sind der Auffassung, dass ihnen eine größere Rolle bei der Steuerung der Union zukommen sollte.“<sup>135</sup> In diesem Zusammenhang ist es offensichtlich, dass die Herausbildung einer derartigen Avantgarde-Gruppe das Zentrum-Peripherie-Gefälle innerhalb der Union weiter verschärft: „Schließlich geht das Konzept eines Kerns Hand in Hand einher mit dem Konzept der ‚Peripherie‘. Sie sind zwei Seiten derselben Medaille.“<sup>136</sup>

Einen ersten Teilerfolg erlangte das Kerneuropa-Konzept mit dem Vertrag von Amsterdam, der die so genannte „enge Zusammenarbeit“ einführte. Sie ermöglicht es in Fragen, über die keine Einigung erzielt werden konnte, „voranzuschreiten“, indem sich einzelne Mitgliedsstaaten zu einer umsetzungswilligen Gruppe formieren, in der das Konsensprinzip nicht gilt. Allerdings wurde damals noch der komplette Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ausgeklammert und es mussten 50% der Mitgliedsstaaten Interesse an einer solchen Zusammenarbeit bekunden.<sup>137</sup> Mit dem Vertrag von Nizza wurde das Limit auf acht Staaten festgelegt, was die Bildung einer solchen nun „verstärkte Zusammenarbeit“ genannten Avantgarde-Gruppe erheblich vereinfacht. Denn im EUropa der 27 müssen sich somit weniger als 30% der Mitglieder (statt wie im Amsterdamer-Vertrag noch die Hälfte) für eine solche Zusammenarbeit bereit erklären. Darüber hinaus wurde das Instrument zudem noch für den Bereich der GASP geöffnet, militärrelevante Fragen blieben allerdings weiterhin explizit ausgenommen. Hiermit hatten sich die großen Mitglieder ein mächtiges Instrument verschafft, um bei Bedarf den Widerstand renitenter Staaten schlichtweg aushebeln zu können. „Eine Reihe von Studien haben die abschreckende Natur der verstärkten Zusammenarbeit herausgearbeitet. Die Drohung, sie zu benutzen, diente als Verhandlungsmittel, um die widerpenstigsten Mitgliedsstaaten zum Einlenken zu bewegen.“<sup>138</sup>

Im Jahr 2003 forderten Jürgen Habermas und andere europäische Intellektuelle in ihrer einflussreichen Initiative zur „Wiedergeburt Europas“, diesen Mechanismus nicht nur zur Herausbildung eines Avantgarde-Europas zu nutzen, sondern ihn auch noch auf militärrelevante Bereiche auszuweiten: „Wenn Europa nicht auseinan-

134 Charles Grant: Europe's blurred boundaries. Rethinking enlargement and neighbourhood policy, Centre for European Reform, October 2006, S. 17.

135 Miles, Lee: Moving Towards a „Hubs and Spokes Europe“? in: JCMS, Vol. 41 (2003), S. 1-11, S. 5.

136 Zielonka 2006, S. 155.

137 Ellison 2005, S. 33.

138 A multi-speed Europe 2004, S. 1.

derfallen soll, müssen diese Länder jetzt von dem in Nizza beschlossenen Mechanismus der ‚verstärkten Zusammenarbeit‘ Gebrauch machen, um in einem ‚Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten‘ mit einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik den Anfang zu machen. [...] Das avantgardistische Kerneuropa darf sich nicht zu einem Kleineuropa verfestigen; es muß – wie so oft – die Lokomotive sein.“<sup>139</sup> Diese Überlegungen wurden bereits in den entsprechenden Passagen des Verfassungsentwurfs aufgegriffen und auch in den Reformvertrag übernommen. Hierdurch soll nun, betitelt als „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (SSZ), die Option zur Bildung von Avantgarde-Gruppen auch explizit auf militärrelevante Bereiche erweitert werden.

In Artikel 28 des Reformvertrags wird hierfür festgelegt, dass der Rat mit qualifizierter Mehrheit eine SSZ beschließen kann. Wichtig ist, dass hiermit das bislang geltende Konsensprinzip im Militärbereich ausgehebelt wird. „Für die Zwecke dieses Absatzes bezieht sich die *Einstimmigkeit allein* auf die Stimmen der Vertreter der an der Zusammenarbeit *teilnehmenden Mitgliedstaaten*.“<sup>140</sup> Dies ist umso problematischer, da für die SSZ keine Mindestteilnehmerzahl gilt und offenbar nur diejenigen zur Beteiligung und damit Mitsprache berechtigt sein sollen, die erhebliche Rüstungsanstrengungen unternommen haben, wie aus Protokoll Nr. 4 des Reformvertrags ersichtlich wird:

„An der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit nach Artikel 28a Absatz 6 des Vertrags über die Europäische Union kann jeder Mitgliedstaat teilnehmen, der sich ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon verpflichtet,

a) seine Verteidigungsfähigkeiten durch Ausbau seiner nationalen Beiträge und gegebenenfalls durch Beteiligung an multinationalen Streitkräften, an den wichtigsten europäischen Ausrüstungsprogrammen und an der Tätigkeit der Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung (Europäische Verteidigungsagentur) intensiver zu entwickeln und

b) spätestens 2010 über die Fähigkeit zu verfügen, entweder als nationales Kontingent oder als Teil von multinationalen Truppenverbänden bewaffnete Einheiten bereitzustellen.“<sup>141</sup>

Im Klartext wird damit festgelegt, dass nur diejenigen Staaten, die sich an den zentralen Rüstungsprojekten beteiligen und Schnelle Eingreiftruppen (Battlegroups)

139 Habermas, Jürgen/Derrida, Jacques, „Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.05.03.

140 Hervorhebung JW.

141 Protokoll über die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit nach Artikel 28e des Vertrags über die Europäische Union.

bereitstellen, künftig überhaupt die Chance eingeräumt bekommen, in zentralen außen- und sicherheitspolitischen Fragen Einflussmöglichkeiten eingeräumt zu bekommen. Wohin sich die SSZ entwickeln könnte, zeigen Vorschläge von Pierre Lellouche, dem außenpolitischen Sprecher von Sarkozys UMP. Er sprach sich dafür aus, dass die sechs größten Mitgliedsstaaten eine solche Gruppe bilden („Verteidigungs-G6“), wobei er aber als Teilnahmebedingung u.a. Rüstungsausgaben von 2% des BIP (für Deutschland würde dies eine 25%ige Steigerung bedeuten) und die Aufstellung von Battlegroups im Umfang von 10.000, statt wie bisher von 1.500 Soldaten benennt.<sup>142</sup> So besehen handelt es sich bei der SSZ wohl um die ideale Ergänzung der im Reformvertrag (Artikel 28a, Absatz 3) ohnehin niedergeschriebenen Aufrüstungsverpflichtung, die den Mitgliedern vorschreibt, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“ Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit ist somit die dauerhafte Institutionalisierung Kerneuropas für den militärpolitischen Bereich.<sup>143</sup>

Auch wenn gegenwärtig nicht sicher ist, ob sich die SSZ tatsächlich in diese Richtung entwickeln wird, sprechen sich Deutschland, Frankreich und Großbritannien schon jetzt eng miteinander ab und stellen die anderen Unionsmitglieder damit häufig vor vollendete Tatsachen, bspws. bei der Initiative zur Aufstellung neuer Kampfgruppen (Battlegroups). Die Einführung der SSZ wird dieser Tendenz sicher weiter Vorschub leisten und den Bereich der Militärpolitik noch weiter als bisher auf die Kerneuropa-Staaten zentralisieren: „Was hier Gestalt annimmt, ist ein ‚Direktorat‘ der großen Drei, die die Bildung einer Avantgarde-Gruppe von Staaten vorwegnimmt und deren offensichtliche Absicht darin besteht, mit den Realitäten einer erweiterten Union zurecht zu kommen.“<sup>144</sup> Einen Blick in die Kristallkugel liefert in diesem Zusammenhang die Forderung der einflussreichen Bertelsmann-Stiftung nach einem EU-Sicherheitsrat. Hierbei handelt es sich letztlich um nichts anderes als um die militärpolitische Umsetzung des EUropas der konzentrischen Kreise: „Mit der Bildung einer Sicherheits- und Verteidigungs-Gruppe unter der Kontrolle des Europäischen Rates sollte ein neuer strategischer Sicherheitsrahmen errichtet werden, um sicher-

zustellen, dass Führungsfunktionen innerhalb und nicht außerhalb des institutionellen Rahmens der EU wahrgenommen werden. [...] Eine Möglichkeit wäre, dass sich solch eine Führungsgruppe aus Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, den Niederlanden, Polen und Spanien zusammensetzt. [...] Weitere sechs Staaten aus dem verbleibenden 18er Block könnten für eine zweijährige Periode teilnehmen.“<sup>145</sup>

So lässt sich festhalten, dass die Kerneuropa-Staaten die Imperialisierung der internen EU-Strukturen eingeleitet haben, um zu gewährleisten, dass die Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten nicht auf Kosten ihres Einflusses vonstatten ging. Allem Gerede zum Trotz: „Auch innerhalb des Clubs der angeblich gleichberechtigten Mitglieder sind manche gleicher als andere.“<sup>146</sup> Die Imperialisierung Europas beschränkt sich jedoch nicht allein auf die inneren Strukturen. „Mit anderen Worten, die Union begann nicht nur ihren internen politischen Raum entlang imperialer Muster zu gestalten; sie begann sich auch gegenüber ihren Nachbarn auf imperiale Weise zu verhalten.“<sup>147</sup>

## 6. Expansion ohne Erweiterung – die Europäische Nachbarschaftspolitik

Einer der eifrigsten Befürworter eines EU-Imperiums, der kürzlich zum Chef des neu gegründeten European Council on Foreign Relations ernannte Mark Leonard, lässt keinen Zweifel am kontinuierlichen Expansionsdrang der Union: „Die Europäische Union beginnt damit, eine enorme Einflussphäre zu entwickeln, die sich weit über ihre Grenzen hinaus erstreckt und die ‚Eurosphäre‘ genannt werden könnte. Dieser Ring aus achtzig Staaten umfasst die ehemalige Sowjetunion, den westlichen Balkan, den Mittleren Osten, Nordafrika und Sub-Sahara Afrika und beinhaltet 20% der Weltbevölkerung.“<sup>148</sup> Damit hat Leonard die ambitionierte Reichweite des EU-Expansionsprojektes beschrieben, dessen Umsetzung mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) bereits begonnen hat. Denn die ENP verfolgt das Ziel, einen „Ring von Freunden“ um das EU-Kerngebiet zu ziehen, der sich den Interessen der Metropole unterordnet.<sup>149</sup> „Überdeutlich finden sich auch hier die konzentrischen Kreise als das klassische Expansions-

142 Dagand, Sophie: The impact of the Lisbon Treaty on CFSP and ESDP, in: European Security Review, Nr. 37, März 2008, S. 5-9, S. 8.

143 Vgl. Roloff, Ralf: Auf dem Weg zur variablen Geometrie - Implikationen der EU-Erweiterung für die ESVP und NATO, in: integration 1/2007, S. 54-59, 55f: „Aufgrund der Erweiterung ist die EU gezwungen, die ESVP als Vorreitermodell der variablen Geometrie zu nutzen. [...] Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit [...] würde die Grundlage für eine dauerhafte Form der variablen Geometrie bilden.“

144 A multi-speed Europe 2004, S. 1.

145 The Venusberg Group: Beyond 2010 - European Grand Strategy in a Global Age, Gütersloh, July 2007, S. 41. An anderer Stelle wurden ähnliche Vorschläge unter der bezeichnenden Überschrift eines „Europäischen Commonwealth“ formuliert. Vgl. Palmer, John: Toward a European Commonwealth, International Herald Tribune, 23.06.2006.

146 Posener 2007, S. 102.

147 Zielonka 2006, S. 45f.

148 Zit. nach Eurosphere, URL: <http://en.wikipedia.org/wiki/Eurosphere> (18.03.2008).

149 Wider-Europe 2003, S. 4.

muster der EU wieder.“<sup>150</sup>

## 6.1 Das doppelte Dilemma des EU-Expansionsdrangs

Wie schon hinsichtlich der EU-Osterweiterung versuchen die Kerneuropa-Staaten auch mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik einen Kompromiss zwischen den fortgesetzten Expansionsbestrebungen und dem Bedürfnis zu finden, ihre weit gehenden Macht- und Entscheidungsbefugnisse innerhalb der Union zu bewahren. Vor diesem Hintergrund sehen sie sich einer doppelten Herausforderung ausgesetzt, die eine Erweiterung nach bisherigem Muster verunmöglicht.

Auf der einen Seite ist die Skepsis innerhalb der meisten EU-Länder mittlerweile sowohl innerhalb der Eliten als auch der Bevölkerung so groß, dass eine erneute Erweiterungsrunde in absehbarer Zeit nicht zur Debatte steht.<sup>151</sup> Am ehesten ist noch vorstellbar, dass die Länder des westlichen Balkan, insbesondere Kroatien, mit dem im Oktober 2005 Beitrittsverhandlungen aufgenommen wurden und Mazedonien, das im Dezember 2005 folgte, Aufnahme finden könnten. Allerdings ist selbst dies eher unwahrscheinlich, denn ohne einen erneuten Umbau des Institutionengefüges würde jedes neu aufgenommene Land die Machtverteilung innerhalb der EU von den Kerneuropa-Staaten wegverlagern. Dies ist die Ursache für die deutlichen Warnungen vor einer Überforderung der „Absorptionsfähigkeit“ durch eine erneute Erweiterung.<sup>152</sup> Aus genau diesem Grund steht derzeit die Aufnahme der bevölkerungsreichen Türkei, der eigentlich eine klare Beitrittsperspektive eingeräumt wurde, nicht zur Debatte. Dies gilt ebenso für andere Staaten im Großraum Europa, wie etwa der Ukraine mit ihren etwa 45 Millionen Einwohnern. Eine Expansion per Erweiterung erfordert also aus Sicht Kerneuropas zuvor zwingend eine erneute Zentralisierung der Entscheidungskompetenzen: „Die EU-Regierungen sind sich darüber einig, dass es nach der Aufnahme von Bulgarien und Rumänien keine neue Erweiterungsrunde geben kann (nicht einmal um Kroatien, mit dem bereits Gespräche aufgenommen wurden), bis nicht die Institutionen und Prozesse zur Entscheidungsfindung radikal reformiert wurden.“<sup>153</sup>

Hierin besteht das zweite Dilemma der EU-Erweiterungspolitik: einerseits ist eine neuerliche Anpassung des Institutionengefüges zugunsten der Kerneuropäer in der EU-27 extrem unwahrscheinlich; andererseits

150 Vobruba 2007.

151 So sprechen sich in Deutschland 60% und in Frankreich 64% der Bevölkerung gegen eine neuerliche Erweiterung aus..

152 Lang, Kai-Olaf/Schwarzer, Daniela: Die Diskussion über die Aufnahmefähigkeit der EU. Nötiger Zwischenschritt oder Ende der Erweiterung? SWP-Studie, Dezember 2007, S. 10.

153 Palmer 2006.

will man sich die machtpolitischen Vorteile einer Expansion in den Nachbarschaftsraum - insbesondere die enge Anbindung der Türkei - nicht entgehen lassen: „Eine Reihe von Berichten der Europäischen Kommission und Analysen von EU-Wissenschaftlern argumentieren, dass eine fortgesetzte Erweiterung notwendig ist, will die EU ökonomisch und politisch in der Lage sein, mit anderen globalen Akteuren zu konkurrieren. [...] Entgegen der gegenwärtigen öffentlichen Meinung in der EU über eine türkische Mitgliedschaft, kann der ökonomische Abstieg der EU erst nach einem Beitritt des Landes aufgehalten werden.“<sup>154</sup> Hinzu kommt noch die geostrategische Bedeutung der Türkei, die von der Europäischen Kommission explizit als Beitrittsargument mit Hinblick auf die Brückenfunktion in den ölfreien und damit geostrategisch bedeutsamen Mittleren Osten betont wurde.<sup>155</sup> Vor diesem Hintergrund beschrieb der CDU-Bundestagsabgeordnete Matthias Wissmann das Problem der Kerneuropa-Staaten folgendermaßen: „Notwendig ist ein Konzept, das einerseits die unbestreitbaren Erfolge der europäischen Erweiterungspolitik weiter möglich macht, zugleich aber eine Überforderung der Europäischen Union vermeidet.“<sup>156</sup> Um dieses Dilemma zu lösen, wurde die Europäische Nachbarschaftspolitik ins Leben gerufen, denn sie verfolgt das Ziel einer „Expansion ohne Erweiterung.“<sup>157</sup>

## 6.2 Die Genese der ENP

„Schon vor dem Vollzug der Osterweiterung 2004 setzten in der EU-Kommission Überlegungen ein, wie es danach weitergehen sollte. Klar war aber auch, daß ein abruptes Ende der Expansionsdynamik nicht im Interesse der EU sein konnte.“<sup>158</sup> Bereits im November 2002 wurden die Arbeiten an einem neuen Expansionskonzept aufgenommen. Dies führte schließlich zur Veröffentlichung des „Wider-Europe-Papiers“ der EU-Kommission im März 2003. Es steckte erstmals den Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) ab, die ein Jahr später auch offiziell so umbenannt wurde.<sup>159</sup>

154 Yesilanda u.a. 2006, S. 620.

155 Vgl. Pfüger, Tobias: Europäische Geopolitik: Die EU, die Türkei und die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen, Studien zur Militarisierung EUropas 14/2006.

156 Matthias Wissmann: Neue Strategien für die Erweiterung der EU – Das Modell der gestuften Mitgliedschaft, URL: <http://www.matthias-wissmann.de/index.php?page=449> (18.03.2008)

157 Vobruba 2007.

158 Vobruba 2007. Tatsächlich dachte der Europäische Rat spätestens seit 1995 über die Erweiterungskonsequenzen nach. Allerdings konkretisierten sich die Überlegungen erst mit dem Näherrücken der Osterweiterung. Vgl. Lippert, Barbara: Die EU und ihre Nachbarn - alte Rezepte für neue Herausforderungen? in: *integration* 3/2006, S. 236-242, S. 236.

159 Europäische Nachbarschaftspolitik: Strategiepapier, Mitteilung der Kommission, Brüssel, den 12.5.2004, KOM(2004) 373 endgültig. Mit der Einbeziehung der südlichen Nachbarn wollte

Aus oben genannten Gründen war man nicht bereit, den ENP-Staaten eine Beitrittsperspektive in Aussicht zu stellen, wollte aber deshalb noch lange nicht die Option auf eine Expansion ohne Erweiterung aufgeben. Im Wider-Europe-Papier heißt es hierzu: „Ziel der neuen Nachbarschaftspolitik ist es daher, einen Rahmen für die Entwicklung neuer Beziehungen abzugeben, der eine Aussicht auf Mitgliedschaft oder eine Rolle in den Organen der Union mittelfristig nicht einschließt. Die durch Nähe und Nachbarschaft aufgeworfenen praktischen Fragen sind getrennt von der Frage der Aussicht auf einen EU-Beitritt zu beantworten.“<sup>160</sup> Da jedoch die Osterweiterung gezeigt hatte, dass die Beitrittsperspektive das wichtigste Zuckerbrot darstellte, um die neuen Mitglieder zu den angestrebten ökonomischen Zugeständnissen zu bewegen, stellte sich somit folgende entscheidende Frage: „Wie kann die Union eine stringendere Expansionspolitik umsetzen, ohne dass sie ihre mit dem Erweiterungsinstrumentarium verknüpften Transformationskapazitäten verliert?“<sup>161</sup>

Die Europäische Nachbarschaftspolitik, an der gegenwärtig 16 Länder teilnehmen<sup>162</sup>, ist der Versuch, hierauf eine Antwort zu finden, indem sie sich das Ziel einer Expansion ohne Erweiterung zu Eigen macht: „Letztlich geht es darum, dass die EU zeigt, dass sie in der Lage ist, eine Außenpolitik zu Wege zu bringen, die es vermag, über die Erweiterungen hinaus einen Anstoß zu Wandel und Reform zu geben.“<sup>163</sup>

### 6.3 Our size fits them all!

Wie schon die Osterweiterung zielt auch die ENP darauf ab, die involvierten Staaten dazu zu bewegen, ihre Wirtschaftssysteme nach neoliberalen Vorgaben umzustrukturieren<sup>164</sup>, woran eine Kommissionsmitteilung vom Dezember 2007 keinen Zweifel lässt: „Die entscheidenden Voraussetzungen für verstärkte wirtschaftliche Integration mit ENP-Partnern sind maßgeschneiderte weit reichende und umfassende Freihandelsabkommen, zu denen auch Maßnahmen zum Abbau nichttariflicher

Frankreich (und Spanien) ebenso wie nun mit der Mittelmeerunion zudem verhindern, dass sich der EU-Schwerpunkt zu stark nach Osten verschiebt. Vgl. Kempe, Iris: Zwischen Anspruch und Realität: Die Europäische Nachbarschaftspolitik, in: Osteuropa, Jg. 57, 2-3/2007, S. 57-68.

160 Wider-Europe 2003, S. 5.

161 Lang/Schwarzer 2007.

162 Algerien, Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Ägypten, Georgien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Moldawien, Marokko, Palästinensische Autonomiebehörde, Syrien, Tunesien und die Ukraine.

163 Für eine starke Europäische Nachbarschaftspolitik, Mitteilung der Kommission, Brüssel, den 05/12/07 KOM(2007) 774 endgültig, S. 2.

164 Das zweite zentrale Motiv ist die Absicherung der Energieversorgung. Vgl. Rehn 2006, S. 108; und EU-Kommission 2007 (KOM 774), S. 9.

Handelshemmnisse durch Herbeiführung der Konvergenz im Regulierungsbereich gehören. Ein Freihandelsabkommen der genannten Art müsste im Wesentlichen den gesamten Waren- und Dienstleistungshandel zwischen der EG und den ENP-Partnern und rigorose rechtsverbindliche Bestimmungen zur Umsetzung der den Handel und die Wirtschaft betreffenden Regulierung umfassen.“<sup>165</sup> Deutlicher könnte die Vorgabe an die ENP-Länder kaum ausfallen, sich in das neoliberale Korsett zu zwängen.<sup>166</sup>

Erreicht werden soll dies abermals durch die Implementierung des *acquis comm unautaire*, insbesondere über die Herstellung des bereits bekannten „ebenen Spielfelds“ (level-playing field): „Der Besitzstand der EU, mit dem ein gemeinsamer Markt auf der Grundlage der Freizügigkeit und des freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs errichtet wurde, auf dem Wettbewerb unter *gleichen Bedingungen* auf der Grundlage gemeinsamer Normen und unter Einbeziehung des Gesundheits-, Verbraucher- und Umweltschutzes gewährleistet ist, könnte den Ländern, die institutionelle und wirtschaftliche Reformen durchführen, als Vorbild dienen. [...] Die EU muss daher bereit sein, in enger Partnerschaft mit ihren Nachbarstaaten zusammenzuarbeiten, die weitere Reformen durchführen wollen, und ihnen beim Ausbau ihrer Kapazitäten zu helfen, damit sie ihre Vorschriften an Teile des gemeinschaftlichen Besitzstands angleichen und umsetzen können.“<sup>167</sup> Erst nachdem die wirtschaftsliberalen Maßnahmen zur Zufriedenheit umgesetzt wurden, kann eine weitere Annäherung an die Union erfolgen: „Im Gegenzug zu nachgewiesenen konkreten Fortschritten bei der Verwirklichung der gemeinsamen Werte und der effektiven Umsetzung politischer, wirtschaftlicher und institutioneller Reformen, u.a. bei der Angleichung an den Besitzstand, sollten die Nachbarstaaten der EU in den Genuss einer engeren wirtschaftlichen Integration mit der EU kommen.“<sup>168</sup>

Damit folgt die ENP exakt der Route der Osterweiterungspolitik<sup>169</sup>: „Die Instrumente der Europäischen Nachbarschaftspolitik sind Abkömmlinge der EU-Ost-

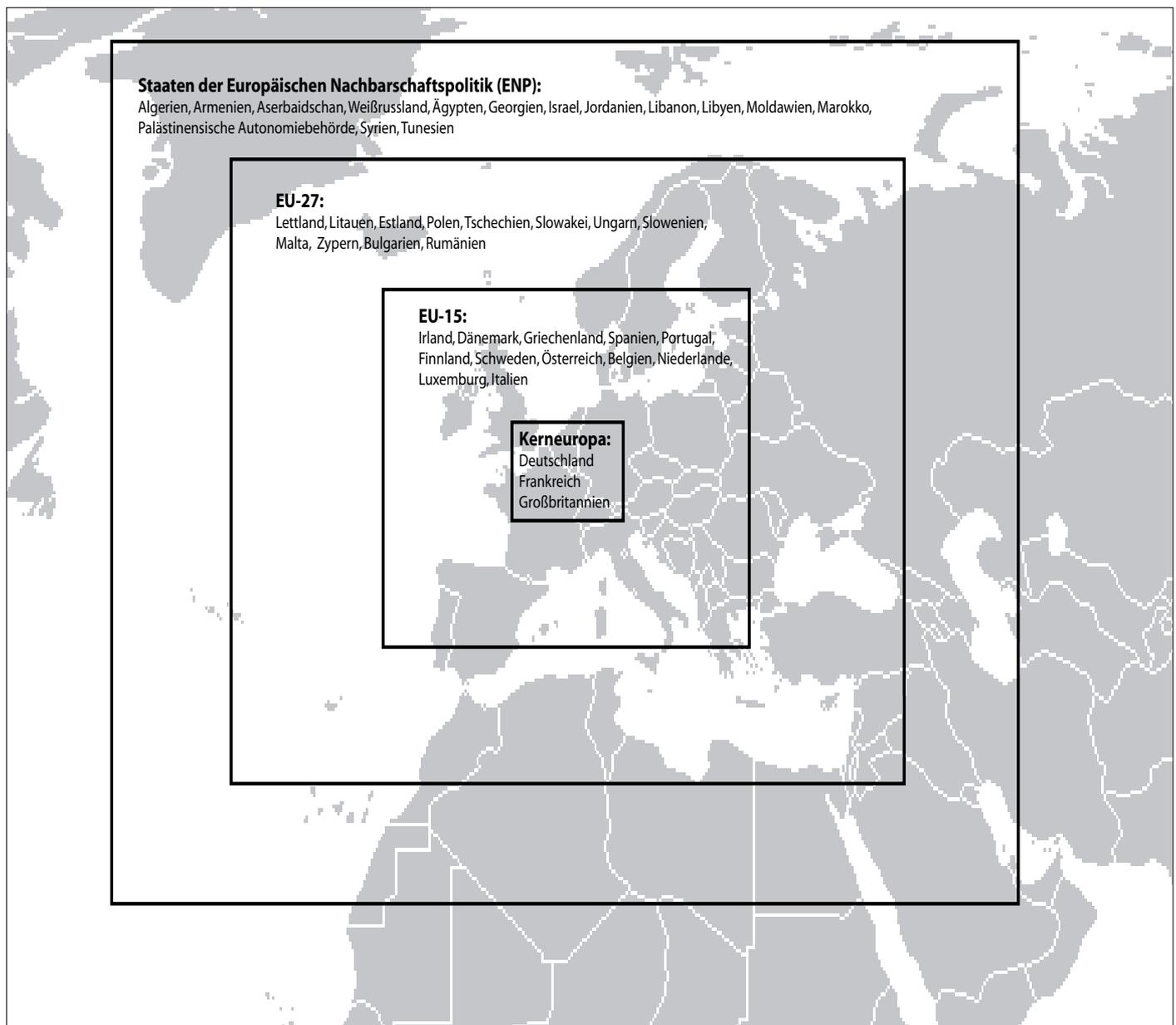
165 EU-Kommission 2007 (KOM 774), S. 4f.

166 Vgl. Dodini, Michaela/Fantini, Marco: The EU Neighbourhood Policy: Implications for Economic Growth and Stability, in: JCMS, Nr. 3/2006, S. 507-532, S. 514.

167 Wider-Europe 2003, S. 10. Hervorhebung JW.

168 Wider-Europe 2003, S. 10.

169 Dies ist nicht weiter verwunderlich, wurden doch dieselben zuvor mit der EU-Osterweiterung zuständigen Beamten anschließend mit der Ausgestaltung ENP betraut. Konzepte wurden dabei sogar so stur eins zu eins übernommen, dass teilweise sogar peinlicherweise vergessen wurde, die Namen der osteuropäischen Staaten durch die der ENP-Länder zu ersetzen. Vgl. Kelley, Judith: New Wine in Old Wineskins: Promoting Political Reforms through the New European Neighbourhood Policy, JCMS, Nr. 1/2006, S. 29-55, S. 33.



erweiterungspolitik. Was einst die Beitrittskriterien waren, sind nun die ‚gemeinsamen Werte‘. Obwohl den Nachbarstaaten ein Beitritt nicht in Aussicht gestellt wird [...], unterliegen die ENP-Staaten de facto einer Konditionalität. Problematisch ist auch, dass die ENP einen Wettstreit zwischen den Nachbarstaaten der EU um die beste und schnellste Anpassung an den gemeinsamen Besitzstand der EU fördert und regionale Kooperation schwächt.<sup>170</sup> Wichtigstes Mittel zur neoliberalen Zurichtung sind die so genannten Aktionspläne, in denen die EU bilateral mit jedem einzelnen Land Maßnahmen zur „Verbesserung der Beziehungen“ vereinbart.<sup>171</sup> Als Beispiel, kann hier die Politik gegenüber der Ukraine angeführt werden: „Wirtschaftspolitisch

170 Tulmets, Elsa: Alter Wein in neuen Programmen: Von der Osterweiterung zur ENP, in: Osteuropa, Jg. 57, 2-3/2007, S. 105-116, S. 105.

171 Aktionspläne wurden bislang mit folgenden Ländern vereinbart: Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Ägypten, Israel, Jordanien, Moldawien, Marokko, Ukraine, Tunesien und mit der Palästinensischen Autonomiebehörde.

optiert die EU für den Beitritt der Ukraine zur WTO, den Abbau der nichttarifären Handelshemmnisse sowie die Angleichung der Gesetzgebung an den Besitzstand der Europäischen Union.<sup>172</sup> Auch mit den ENP-Mittelmeerländern kamen bereits entsprechende Abkommen zustande. Anstatt sich für - wirtschaftlich durchaus sinnvolle - regionale Handelsabkommen einzusetzen, soll die ENP primär den Abschluss bilateraler Freihandelsverträge forcieren.<sup>173</sup> „[Somit] begünstigt die aus der Erweiterungspolitik übernommene Methode einen Wettbewerb zwischen den Ländern um mehr Anteil an der EU-Hilfe und um einen besseren Zugang zum EU-Binnenmarkt (Regatta-Prinzip).“<sup>174</sup> Hiermit wird auf die Schaffung einer „Europäischen Wirtschaftszone“ abgezielt, in die die ENP-Staaten zwar eng inte-

172 Kempe 2007, S. 61.

173 Bicci, Federica: „Our size fits all“: normative power Europe and the Mediterranean, in: Journal of European Studies, März 2006, S. 286-303, S. 294.

174 Tulmets 2007, S. 160

griert werden sollen, ohne jedoch ein Mitspracherecht auf deren konkrete Ausgestaltung zu erhalten.<sup>175</sup> Was die Europäische Union hier anbietet, ist ein noch ungleicherer Tausch als es bereits bei der Osterweiterung der Fall war. So sind die ENP-Staaten nicht berechtigt, Gelder aus den Strukturtöpfen zu erhalten, ihr Zugang zum Binnenmarkt ist begrenzt und wird von der EU so geregelt, wie es ihr opportun erscheint: „Das Kosten-Nutzen-Verhältnis eines solchen Ansatzes ist mehr als problematisch.“<sup>176</sup>

Um die ENP-Staaten dennoch zur Umsetzung der EU-Vorgaben zu ermuntern, führte die Europäische Union Ende 2006 ihre zahlreichen verschiedenen Maßnahmen zur Finanzierung von Projekten in der Großregion zu einem „Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument“ (ENPI) zusammen, dessen Budget zwischen 2007 und 2013 12 Mrd. Euro beträgt. „Den strategischen Rahmen für die Programmierung der Gemeinschaftshilfe nach dieser Verordnung bilden gemeinsam die Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, die Assoziationsabkommen und die sonstigen geschlossenen oder künftigen Abkommen, die ein vertragliches Verhältnis zu den Partnerländern begründen.“<sup>177</sup> Ländern, die sich dem Abschluss von Abkommen verweigern, wird der Zugang zu diesen Geldern erheblich erschwert.<sup>178</sup> Im Rahmen des Nachbarschaftsinstruments konzentrieren sich die Programme u.a. darauf, die „Übernahme des *acquis* im Bereich des Binnenmarktes zu unterstützen.“<sup>179</sup> Gleichzeitig versucht die EU „zivilgesellschaftliche Gruppen“, also pro-westliche Nicht-Regierungsorganisationen zu unterstützen, um so eine lokale Unterstützungs-erbasis für ihre Politik aufzubauen.<sup>180</sup>

Zusammengenommen zeigt sich, dass die ENP noch strikter auf die Durchsetzung ökonomischer Interessen abzielt als die Osterweiterung.<sup>181</sup> Die imperiale Einbahnstraße, mit der dies umgesetzt werden soll, dürfte die Sichtweise auf Europa mittelfristig verändern: „Schon

175 Kelley 2006, S. 37.

176 Logvinov, Michail: Externe Demokratisierung und Sicherheitspolitik in Europa: Pro & Contra, RIA Novosti, 12.11.2007.

177 Verordnung (EG) Nr. 1638/2006 vom 24. Oktober 2006 zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments, Artikel 3 (1).

178 „Besteht zwischen der Europäischen Union und Partnerländern kein Abkommen im Sinne von Absatz 1, so kann Gemeinschaftshilfe gewährt werden, wenn sie sich als zweckmäßig für die Verfolgung der politischen Ziele der Europäischen Union erweist, und wird auf der Grundlage dieser Ziele vorgesehen.“ Vgl. Verordnung (EG) Nr. 1638/2006 vom 24. Oktober 2006.

179 Tulmets 2007, S. 114.

180 Vgl. Kelley 2006, S. 40.

181 „Gegenüber früher vertritt die EU damit eindeutig stärker ihre eigenen Interessen und pflegt einen ausgeprägten bilateralen Ansatz, während etwa in der EMP oder beim Balkan-Stabilitätspakt der regionale Aspekt eine größere Rolle spielte.“ Vgl. Veit 2006.

jetzt zeichnet sich aber die Gefahr ab, dass die EU als ein ‚sanfter Hegemon‘ gesehen wird, der auf sanfte Weise versucht, seine liberale Agenda in seiner Nachbarschaft durchzusetzen.“<sup>182</sup> Aus diesem Grund hat sich Russland bereits aus der ENP zurückgezogen. „Russland wolle nicht als Objekt der Nachbarschaftspolitik betrachtet werden“, so die damalige Begründung. „Darin kommt eine Aversion [...] gegenüber den paternalistischen Zügen zum Ausdruck, die sowohl die Erweiterungs- als auch die Nachbarschaftspolitik der Union trägt.“<sup>183</sup>

Die Ausgestaltung der ENP untermauert die Feststellung, dass sich gegenwärtig ein Europa der konzentrischen Kreise herausbildet: „Auf die europäisch-politische Ebene übertragen, bedeutet dies, dass innerhalb der EU-25 ein politisch integrierter Verdichtungsraum sich bildet, um den herum die ‚normalen‘ EU-Mitgliedstaaten sich als ersten Kreis legen, gefolgt von einem weiteren Kreis der europäischen Nachbarschaft.“<sup>184</sup> Die ENP stellt allerdings nicht den Abschluss, sondern vielmehr lediglich den derzeitigen Schwerpunkt der EU-Expansionspolitik dar.

## 7. Binnenmarkt und Battlegroups: EUropas Imperialer Kolonialismus

Imperien bevorzugen es aufgrund von Kosten-Nutzen-Kalkülen, ihre Herrschaft indirekt über willige Stellvertreter und die strukturellen Zwänge des aufoktroierten Wirtschaftssystems auszuüben. Doch unbestreitbar stößt inzwischen das „Sachzwang-Argument“ („There is no alternative“, TINA) an seine Grenzen. Die vom Zentrum verordneten Schocktherapien haben zu sozialen Auswirkungen in der Peripherie (aber teilweise auch im Zentrum selbst) geführt, deren Ausmaße potenziell zu Aufständen gegen die imperiale Ordnung führen könnten.

Von Seiten der Herrschenden wird deshalb die militärische Niederschlagung derartiger Aufstände inzwischen als die zentrale - und mithin fast einzige - Aufgabe gesehen, die dem Staat in der heutigen Zeit zukommt. Die militärische Aufrechterhaltung der imperialen Ordnung betrifft sowohl das Zentrum, mehr noch aber die Peripherie, wo teilweise selbst vor einer Re-Kolonialisierung nicht halt gemacht wird.

### 7.1 Policing the Empire

Einmal mehr ist es Robert Cooper, der deutlich darauf anspielt, dass sich die Herstellung imperialer Ordnung nicht auf die Peripherie beschränkt, sondern auch im Zentrum erforderlich ist: „Europa mag in der Lage sein,

182 Tulmets 2007, S. 116.

183 Lippert, Barbara: Die EU und ihre Nachbarn - alte Rezepte für neue Herausforderungen? in: *integration* 3/2006, S. 236-242, S. 238.

184 Veit 2006, S. 2.

das Vordringen des Chaos über den Balkan oder selbst über das Mittelmeer aufzuhalten, aber es könnte sich als deutlich schwieriger erweisen, mit dem Chaos in den eigenen Vorstädten und niedergehenden Industriestädten umzugehen.<sup>185</sup> Dass die sozialen Verwerfungen der Lissabon-Strategie möglicherweise auch innerhalb der Kerneuropa-Staaten zu Verwerfungen führen könnten, ist den EU-Strategen durchaus bewusst. Der „Krieg gegen den Terror“ lieferte dabei die willkommene Vorlage, auch innerhalb des Zentrums in der Lage zu sein, über die weit reichende Militarisierung der Innenpolitik Widerstand gegen die herrschende Ordnung, egal in welcher Form, immer repressiver zu unterdrücken. Symptomatisch hierfür ist eine Rahmenerklärung, die von den EU-Justizministern am 6. Dezember 2001 beschlossen wurde. Sie legt fest, Terrorismus beinhalte auch Aktivitäten, die in der Absicht erfolgen, „öffentliche Körperschaften oder eine internationale Organisation unangemessenem Zwang auszusetzen, damit sie bestimmte Handlungen unternehmen oder unterlassen.“<sup>186</sup> Wenn ein hochrangiger Offizier der Bundeswehr Globalisierungsgegner mit Terroristen auf eine Stufe stellt, offenbart dies das eigentliche Ziel westlicher „Sicherheitspolitik“, ein umfassendes repressives Vorgehen gegen anti-imperialistische Bestrebungen jedweder Art.<sup>187</sup>

Letztlich ist dies wohl der deutlichste Ausdruck der Imperialisierung Europas, denn die Grenzen verwischen zusehends, sie verlaufen immer stärker zwischen der Klasse der Ausgegrenzten sowohl innerhalb der Peripherie als auch des Zentrums und nicht mehr zwischen den Staaten: „Die Regierung in Paris reagierte auf die Ausschreitungen [im Jahr 2006] mit einem nächtlichen Ausgehverbot und dem Rückgriff auf ein seit der Kolonialperiode nicht mehr angewandten Ausnahmerecht. In der Geschichte des liberalen bürgerlichen Rechtsstaats wurde das Ausnahmerecht meistens zur Unterdrückung in den Kolonialgebieten eingesetzt. [...] Aber nicht nur in Frankreich fusionieren autoritäres Denken und koloniale Mentalität in den Köpfen derer, die ein Ausnahmerecht befürworten und praktizieren. Die offizielle Begründung solcher Maßnahmen stützt sich auf die Annahme, dass wir einen autoritären Staat brauchen,

185 Cooper 2003, S. X.

186 Paye, Jean-Claude: Ausnahmezustand in Permanenz, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2006, 1089-1096, S. 1093.

187 „Hierzu [zu potentiellen Gefahrengruppen] gehören Terrororganisationen, Vereinigungen der internationalen organisierten Kriminalität, Söldnergruppen, Kriegsherren, Gruppen, die sich aus Personen gleicher ethnischer Herkunft oder gleichen Glaubens zusammensetzen sowie Chaosgruppen wie z.B. die Gruppe der Globalisierungsgegner und lose über das Internet organisierte, virtuelle Netzwerke.“ Vgl. Thiele, Ralph: Das Kriegsbild der Zukunft, in: IFDT 3/2002.

um uns vor den Barbaren zu schützen. Unverblümt formuliert: Um zu überleben, müssen wir unsere Freiheiten aufgeben.<sup>188</sup>

Noch dringender ist der Bedarf nach militärischer Absicherung der imperialen Ordnung aber in der Peripherie. Wie EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn verdeutlicht, sind die ökonomische Zurichtung im Rahmen von Osterweiterung und Nachbarschaftspolitik sowie die militärische Absicherung dieses Prozesses untrennbar miteinander verwoben: „Die Erweiterungspolitik ist wahrscheinlich das wichtigste Instrument der Europäischen Union, um sanfte Macht (soft power) auszuüben. [...] Aber militärische Macht oder die Fähigkeit mit Gewalt zu reagieren, ist ebenfalls erforderlich. [...] Die EU muss eigene Handlungskapazitäten entwickeln, insbesondere auf unserem Kontinent und in unserer unmittelbaren Nachbarschaft und in Situationen, in denen aus dem einen oder anderen Grund der UN-Sicherheitsrat handlungsunfähig ist.“<sup>189</sup> Mit anderen Worten plädiert Rehn dafür, dass die EU künftig in ihrem Großraum auch ohne ein völkerrechtlich notwendiges Sicherheitsratsmandat militärisch die imperiale Ordnung durchsetzen soll.

Innerhalb Kerneuropas macht man sich große Sorgen darüber, dass die im Zuge der verordneten Schocktherapien massiv angewachsene Zahl der Ausgeschlossenen versuchen könnte, den „Reformprozess“ zu stoppen oder gar rückgängig zu machen. „Ein großes Reservoir armer und verzweifelter Menschen in den Nachbarländern birgt politische (Instabilität, Extremismus) und wirtschaftliche Risiken (geringeres Wachstum, dauerhafte Niedriglohnkonkurrenz). [...] In den enttäuschten neuen Mitgliedsstaaten könnte die Europaskepsis zunehmen. Gewannen entsprechende Kräfte Regierungseinfluss, so könnte dies die EU lähmen“, orakelt eine Studie der Friedrich Ebert Stiftung.<sup>190</sup> Auch Jan Zielonka warnt davor, dass „Flexibilisierung und Deregulie-

188 Philip S. Golub: Der permanente Ausnahmezustand - In den USA und Großbritannien wurde die Macht der Exekutive auf Kosten der Bürgerrechte ausgebaut, Le Monde diplomatique 15.09.2006. Gerade auch was die Militarisierung der Innenpolitik in Zeiten zunehmender Prekarisierung immer größerer Teile der Bevölkerung anbelangt, sind die Parallelen zum ausgehenden 19. Jhd. offensichtlich: „Der moderne Großkapitalist [wird] über den Wert der Freiheit und der Verfassungsrechte immer skeptischer. Er verlangt jetzt einen starken Staat, der über die Massen eine wirkliche Autorität ausübt und der jederzeit fähig ist, eine ‚rote‘ Rebellion niederzuwerfen. [...] Der moderne Monopolkapitalist will [...] den starken Staat, mit Autorität nach innen und außen.“ Vgl. Arthur Rosenberg zit. in Deppe, Frank u.a.: Der neue Imperialismus, Heilbronn 2004, S. 27.

189 Rehn 2006, S. 110f.

190 Dauderstädt 2001. In der Tat wurde schon seit Beginn der 90er vor einem anti-europäischen Backlash gewarnt. Vgl. Offe, Claus: Capitalism by Democratic Design? Democratic Theory Facing the Triple Transition in: East Central Europe, Social Research 58 (1991), S. 886-887.

rung nicht große Teile der Bevölkerung ohne irgendeine funktionierende soziale Absicherung in Armut stürzen. Mit der Zeit würde solch eine Situation mit Sicherheit schwere soziale Konflikte nach sich ziehen.“<sup>191</sup>

Wenn in diesem Zusammenhang mittlerweile immer häufiger vor einer „akuten Krisengefahr in Osteuropa“ gewarnt wird<sup>192</sup>, geht damit immer auch die - wenn auch meist unausgesprochene - Aufforderung einher, derartige Unruhen bei Bedarf zu deckeln. Somit dient die Aufstellung einer EU-Armee und die dramatische Militarisierung der Europäischen Union der letzten Jahre<sup>193</sup> nicht allein und womöglich nicht einmal primär der Durchsetzung von Interessen in weit entlegenen Gebieten - hierfür sind die Kapazitäten gegenwärtig doch noch etwas beschränkt -, sondern vor allem der Aufrechterhaltung imperialer Ordnung im Großraum Europa: „Mit der Aufstellung der Schnellen Eingreiftruppe ist eine EU-politische Weichenstellung getroffen worden, die als solche kaum diskutiert wird: Brüssel hat sich entschieden, ein militärisches Potenzial als Reaktion auf etwaige soziale Konflikte aufzubauen.“<sup>194</sup>

Ergänzt wird diese Schnelle Eingreiftruppe mittlerweile durch eine Anfang 2006 aufgestellte paramilitärische Polizeitruppe, die European Gendarmerie Force (EGF), die primär zur Aufstandsbekämpfung (riot control) dienen soll. „Mit der EGF hat die Europäische Union eine stehende Polizeitruppe, die sie in beliebigen Krisengebieten schnell einsetzen kann. Die EGF soll Polizeieinsätze und Krisenmanagement im Rahmen der EU durchführen. Darüber hinaus kann sie auch im Rahmen der UN, der OSZE, der NATO und in ad hoc Koalitionen eingesetzt werden. Die Einheiten können sowohl unter ein militärisches wie auch unter ein ziviles Kommando gestellt werden – die EGF ist also eine ‚Dual-Use-Einheit‘, ihr Aufgabenspektrum macht diese Truppe zudem sowohl für Auslandseinsätze als auch für Einsätze im Inneren verwendbar.“ Zu den Aufgaben der Truppe zählt laut offizieller Internetseite auch die Aufstandsbekämpfung „im Falle von Unruhen.“<sup>195</sup> Es dürfte in diesem Zusammenhang ebenfalls kein Zufall sein, dass im Reformvertrag den Mitgliedesstaaten mit der sogenannten Solidaritätsklausel (Artikel 188r) umfassende Befugnisse für Militäreinsätze innerhalb der Europäischen Union eingeräumt werden und die viel gerühmte EU-Grundrechtcharta die gezielte Tötung zur Aufstandsbekämpfung legitimiert: „Eine Tötung wird nicht als Verletzung dieses Artikels betrachtet, wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die

191 Zielonka 2006, S. 100.

192 Kühnlenz 2008.

193 Vgl. für einen Überblick die Beiträge in Pflüger, Tobias/Wagner, Jürgen: Welt-Macht Europa? Hamburg 2006.

194 Hofbauer 2007, S. 286.

195 Vgl. Haydt, Claudia: Out of area - and back again, in: AUSDRUCK (Februar 2007).

unbedingt erforderlich ist, um [...] einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen.“<sup>196</sup> Sollte es notwendig sein, geht die Bereitschaft zur „Befriedung“ der Peripherie mittlerweile sogar so weit, dass selbst vor einer direkten Re-Kolonisierung durch die EU nicht mehr halt gemacht wird. \_

## 7.2 Die EU-Kolonien Bosnien und Kosovo

Die Errichtung formaler Kolonien ist für Imperien ein durchaus üblicher Prozess, sollte dies, wie etwa im Falle des British Empire, für erforderlich erachtet werden: „Gegen Ende des 19. Jahrhunderts jedoch begannen sich die Dinge anders zu entwickeln, als in den Theorien des Freihandels und des liberalen Internationalismus vorgesehen: Die wirtschaftlichen Vereinbarungen, die den abhängigen Ländern aufgezwungen worden waren, führten nicht, wie erwartet, zur Stärkung und Liberalisierung der politischen Ordnung, sondern zu deren schrittweiser Schwächung und schließlich zu ihrem Zerfall. Rebellionen breiteten sich aus, von denen der 1857 in Indien ausgebrochene Sepoy-Aufstand nur der erste war. Unter dem Eindruck dieser Ereignisse veränderten die Briten ihre gesamte Administrations- und Militärstruktur in Indien. Sie nahmen die kostengünstigen Elemente indirekter Herrschaft zurück und ersetzten sie durch teure Formen direkter Herrschaft. Das war keine Entscheidung, die vom Zentrum ausging. Sie wurde vielmehr wesentlich durch die Instabilität der Ränder hervorgerufen.“<sup>197</sup>

Die Entwicklungen in Jugoslawien in den 1990ern verliefen hier ganz ähnlich. Wie Michel Chossodovsky überzeugend nachgewiesen hat, lassen sich die schrecklichen Auseinandersetzungen in Jugoslawien nicht ohne die Auswirkungen der neoliberalen Schocktherapie verstehen, der das Land im Vorfeld der Eskalation unterzogen wurde. Die hierdurch ausgelöste dramatische soziale Verelendung bildete sozusagen die Basis für die Ethnisierung des Konfliktes, die v.a. durch Deutschland und die USA zu allem Überfluss noch massiv befördert wurde: „Durch die Beherrschung des globalen Finanzsystems trugen die westlichen Mächte dazu bei, in Verfolgung ihrer nationalen und gemeinsamen Interessen die jugoslawische Wirtschaft in die Knie zu zwingen, und fachten die schwelenden sozialen und ethnischen Konflikte des Landes an.“<sup>198</sup> Mit der darauf folgenden Zerschlagung Jugoslawiens gelang es zudem einen der letzten widerstrebenden Blöcke dauerhaft westlichen

196 Erläuterungen zur Charta der Grundrechte, 2007/C 303/02), S. 1f.

197 Münkler 2005, S. 47.

198 Chossodovsky, Michel: Global Brutal, Frankfurt 2002, S. 280; Eine ausführliche Analyse zum Beitrag neoliberaler „Reformen“ bei der Auflösung Jugoslawiens findet sich ebenfalls bei Chossodovsky 2002, S. 279-300.

Interessen unterzuordnen. Auch dies war ein typisch imperiales Verhalten: „Da in den machtpolitischen Randzonen meist ebenbürtige Gegner fehlen, kommt es hier auch nicht zu verheerenden großen Kriegen; der Aufstieg zum Imperium erfolgt vielmehr in einer Reihe *kleiner Kriege*, in denen der Widerstand organisatorisch wie technologisch unterlegener Gegner schließlich gebrochen wird.“<sup>199</sup>

Im Zuge der Interventionen auf dem Balkan ging die Europäische Union auch zur radikalsten Form imperialer Herrschaft über: dem Kolonialismus. An anderer Stelle wurde ausführlich beschrieben, wie in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo Besatzungsregime etabliert wurden, die sich von klassischen Kolonien allenfalls dem Namen nach unterscheiden und wie dabei die politischen und wirtschaftlichen Strukturen einem - nunmehr unter direkter militärischer Kontrolle erzwungenen - neoliberalen Strukturanpassungsprogramm unterzogen wurden.<sup>200</sup> Deshalb seien hier lediglich einige wenige Zitate angeführt, die den Kolonialstatus dieser Regionen untermauern. So gibt bspws. Olli Rehn an: „Das Problem ist Folgendes: Bosnien-Herzegowina hat nie als selbstständige Nation funktioniert. Es funktionierte immer als Territorium im Rahmen eines Imperiums. Da gab es Rom, Byzanz, die Ottomanen, die Habsburger, das Klein-Imperium Jugoslawien, und jetzt gibt es seit über zehn Jahren faktisch ein internationales Protektorat mit einem Hohen Repräsentanten der Europäischen Union, der nach beliebigen Gesetze machen und gewählte Politiker absetzen kann.“<sup>201</sup>

Noch drastischer stellt sich die Situation im Kosovo dar. Nach dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien deckt die Mehrheit der europäischen Staaten nun auch noch die rechtswidrige Abspaltung des Kosovo, mit der gegen die mit Resolution 1244 (1999) zugesicherte territoriale Integrität Serbiens verstoßen wird. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang aber, dass die Provinz damit keineswegs die volle Souveränität erlangt. Ebenso wie in Bosnien ist der EU-Prokonsul auch dort befugt, sämtliche Gesetze des Parlaments zu annullieren und jeden gewählten Beamten zu feuern. Konsequenterweise forderte deshalb bspws. der SPD-Europaabgeordnete Helmut Kuhne, es sei angebracht, „das Kind beim Namen zu nennen. [So etwas] hat man früher ein Protektorat genannt. Von einer wirklichen Unabhängigkeit kann keine Rede sein.“<sup>202</sup> Hiermit wird

199 Münkler 2005, 60.

200 Vgl. Marischka, Christoph: Bosnien - EU-Mitgliedschaft per Dekret, Studien zur Militarisierung EUropas 29/2007; und Wagner, Jürgen: EUropas erste Kolonie: Der Ahtisaari-Bericht zur Kosovo-Statusfrage und der völkerrechtliche Amoklauf der „internationalen Gemeinschaft“, Studien zur Militarisierung EUropas 32/2007.

201 Zit. bei Posener 2007, S. 10.

202 Während ein Protektorat formal souverän ist, trifft dabei

die wenigstens auf dem Papier existierende formale Gleichheit zwischen den Staaten endgültig aufgekündigt und durch eine imperiale Struktur ersetzt. Begriffe wie territoriale Integrität und staatliche Souveränität werden dabei ad acta gelegt: „Europa unterscheidet sich sehr deutlich von den Konzepten von Staatlichkeit, die wir kennen, die alle darauf basieren, dass Staaten präzise abgegrenzt werden können und ihre Grenzen unverrückbar sind. Europa im Gegensatz dazu zeichnet sich dadurch aus, dass es seine Grenzen ständig verschiebt und neu definiert. Grenzen werden verringert, erhöht, neu konfiguriert, sie verschwinden aber nie. Sie verändern ihre Erscheinungsform und ihre Funktion.“<sup>203</sup>

### 7.3 Grenzen des Imperiums?

Der Rückgriff auf koloniale Herrschaftsformen muss letztlich als notwendige Absicherung der Liberalisierungsagenda gesehen werden, sollte die Schocktherapie nicht reibungslos zu den gewünschten Ergebnissen führen. Niemand machte dies deutlicher als Robert Cooper: „Der postmoderne Imperialismus hat zwei Komponenten. Die erste ist der freiwillige Imperialismus der globalen Ökonomie. Er wird normalerweise von einem internationalen Konsortium durch internationale Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank ausgeübt [...] Diese Institutionen bieten Staaten, die ihren Weg zurück in die globale Ökonomie und in den tugendhaften Kreis von Investitionen und Prosperität finden wollen, Hilfe an. Im Gegenzug stellen sie Forderungen auf, von denen sie hoffen, dass sie die politischen und ökonomischen Versäumnisse beheben, die zu der ursprünglichen Notwendigkeit für Unterstützung beitragen. [...] Die zweite Dimension des postmodernen Imperialismus könnte der Imperialismus des Nachbarn genannt werden. Instabilität in der Nachbarschaft stellt eine Gefahr dar, die kein Staat ignorieren kann. Politische Misswirtschaft, ethnische Gewalt und Kriminalität auf dem Balkan stellen eine Gefahr für Europa dar. Die Antwort hierauf war, eine Art freiwilliges UN-Protektorat im Kosovo und in Bosnien zu schaffen.“<sup>204</sup> Dass

dennoch ebenso wie bei einer Kolonie die Besatzungsmacht sämtliche relevanten Entscheidungen, weshalb beide Begriffe hier nicht weiter differenziert verwendet werden. Vgl. Parlament votierte für „überwachte Unabhängigkeit“ des Kosovo: Europaabgeordnete unterstützen Ahtisaari-Plan, Der Standard, 29.03.2007. In dieses Bild passt auch, dass nicht nur die KFOR-Truppenpräsenz der NATO im Kosovo aufgestockt wurde, sondern im Rahmen der nun beschlossenen EU-Mission EULEX auch paramilitärische „Aufstandsbekämpfungseinheiten“ entsendet wurden. Sie sollen nicht nur den serbischen Widerstand unterdrücken, sondern vor allem auch den zunehmenden Unmut auf Seiten der kosovo-albanischen Bevölkerung gegen diesen Kolonialstatus deckeln.

203 „Europa als dynamischen Prozess begreifen“, URL: <http://www.uni-muenchen.de/aktuelles/publikationen/einsichten/archiv/2006/rechtswissenschaften/europa.pdf> (18.03.2008).

204 Cooper, Robert: The Post-Modern State, in: Leonard,

hierfür Jugoslawien angegriffen und gegen seinen Willen völkerrechtswidrig zerschlagen wurde, scheint den EU-Spitzenpolitiker dabei weder zu stören, noch findet diese Tatsache bei all seinem Gerede von „Freiwilligkeit“ überhaupt eine Erwähnung.

Unmissverständlich untermauert Cooper auch seine Bereitschaft, Europas imperiale Ordnung in den „barbarischen Zonen“ militärisch durchzusetzen und abzusichern: „Die Herausforderung der postmodernen Welt ist es, mit der Idee doppelter Standards klarzukommen. Unter uns gehen wir auf der Basis von Gesetzen und offener kooperativer Sicherheit um. Aber wenn es um traditionellere Staaten außerhalb des postmodernen Kontinents Europa geht, müssen wir auf die rauerer Methoden einer vergangenen Ära zurückgreifen – Gewalt, präventive Angriffe, Irreführung, was auch immer nötig ist, um mit denen klarzukommen, die immer noch im 19. Jahrhundert leben, in dem jeder Staat für sich selber stand. Unter uns halten wir uns an das Gesetz, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir ebenfalls das Gesetz des Dschungels anwenden.“<sup>205</sup> Auch Herfried Münkler plädiert für „die Herstellung von imperialer Ordnung zwecks Absicherung von Wohlstandszonen an den Rändern. [...] Der Zwang zu einer zunehmenden Politik der Intervention ist auch die Reaktion auf die Konsequenzen der Globalisierung an der Peripherie. Es bleibt die Frage, ob es gelingt, die zentralen Bereiche in die Wohlstandszonen zu inkludieren, also in der Fläche Ordnung herzustellen, und den Rest zu exkludieren. Es steht aber außer Frage, dass an diesen neuen ‚imperialen Barbarengrenzen‘ der Krieg endemisch wird, nämlich in Form von Pazifizierungskrieg aus dem Zentrum in die Peripherie hinein und in Form von Verwüstungskrieg aus der Peripherie ins Zentrum. [...] Dann entstehen an den Grenzen Europas jene Gefällestrukturen, die typisch sind für imperiale Machtformen. Deshalb werden wir lernen müssen, die Kategorie des Imperiums in Zukunft [...] vielmehr als eine alternative Ordnungskategorie des Politischen, nämlich als Alternative zur Form des Territorialstaates“ zu begreifen.<sup>206</sup> In gewisser Weise ist dies konsequent. Da die Kriege auf dem Balkan und die anschließende Teil-Kolonisierung der Region explizit damit begründet wurden, an der Peripherie der Europäischen Union müsse aus sicherheitspolitischen Erwägungen für Ordnung gesorgt werden, dürfte dieses Argument spätestens nach der Osterweiterung auch für den gesamten EU-Großraum gelten.

Vor diesem Hintergrund stellt sich hier natürlich

zwangsläufig die Frage nach den Grenzen des Imperiums. Für Posener sind mit den ENP-Staten die „denkbaren Mitglieder des Imperiums genannt“<sup>207</sup> Allerdings ist die hiermit suggerierte Finalität des Expansionsprojektes mehr als fraglich. Für Befürworter eines expansiven EUropas ist das Projekt eines „Global Europe“ das Gebot der Stunde: „Die Tendenz, die Welt nach dem eigenen Bild zu formen, ist konsequent eingebettet in die DNA der EU-Außenpolitik.“<sup>208</sup> Viel sagend ist in diesem Zusammenhang auch die Aussage von EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn, der ein ganzes Kapitel seines Buches mit der Überschrift versah: „Werte definieren die Grenzen Europas.“<sup>209</sup> Da die Europäische Union derzeit alles daran setzt, ihren neoliberal durchtränkten Wertekanon der ganzen Welt aufzuzwingen, scheint dieses imperiale Projekt derzeit kaum Grenzen zu kennen: „Was wir brauchen ist nichts anderes als einen Europäischen Commonwealth. [...] Er würde den europäischen geopolitischen Einfluss auf Afrika und Südamerika ausdehnen. [...] Aber wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass dieser Commonwealth nicht dasselbe wie eine EU-Erweiterung ist; Länder würden nicht die Aufnahme in die Union gewinnen, sondern ihnen würde Hilfe im Austausch für die Übernahme der europäischen Werte und ökonomischen Standards gewährt.“<sup>210</sup>

Die Tatsache, dass die EU mittlerweile immer offensiver in Afrika und Lateinamerika nach demselben Muster „asymmetrischer auf Konditionalität basierender Partnerschaften“ vorgeht, legt den Verdacht nahe, dass der Bedarf nach einer militärischen Absicherung der imperialen Ordnung tatsächlich nicht auf den Großraum Europa beschränkt bleiben wird.<sup>211</sup> Posener selbst sieht die Aufgabe der EU darin, in Afrika als „imperiale Stabilisierungsmacht“ zu agieren.<sup>212</sup> Konsequenterweise sollen die neu geschaffenen EU-Kampftruppen schwerpunktmäßig dort zum Einsatz kommen. Schon heute engagiert sich die Union immer häufiger militärisch in Afrika, im Kongo, im Sudan und seit 2008 auch im Tschad und in Guinea-Bissau fanden oder finden Einsätze im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und

207 Posener 2007, S. 100.

208 Whitman, Richard: *Winning Hearts and Minds for Europe*, in: Youngs, Richard (Hg.): *GLOBAL EUROPE. Report 2: New Terms of Engagement*, Foreign Policy Centre, Mai 2005, S. 30-37, S. 31.

209 Rehn 2006, Kapitel 4.

210 Rogers, James: *Towards a „Greater Europe“?*, 05.03.2008, URL:

<http://www.globalpowereurope.eu/2008/03/towards-greater-europe.html> (18.03.2008).

211 Hettne, Björn/Söderbaum, Fredrik: *Civilian Power of Soft Imperialism? The EU as a Global Actor and the Role of Inter-regionalism*, in: *European Foreign Affairs Review*, Nr. 4/2005, S. 535-552, S. 542.

212 Posener 2007, S. 217.

Mark (ed.): *Re-Ordering the World*, London 2002, S. 11-20, S. 18.

205 Cooper 2002, S. 16.

206 Alte Hegemonie und Neue Kriege: Herfried Münkler und Dieter Senghaas im Streitgespräch, in: *Blätter* 5/04, S. 539-552, S. 549f.

Verteidigungspolitik statt. Letztendlich geht es hierbei um eine Art militärischen Investitionsschutz, um die Profitinteressen westeuropäischer Konzerne im europäischen Großraum - und zunehmend eben auch darüber hinaus - zu garantieren. Ein Beitrag in der Zeitschrift griephan global security, die gegenwärtig versucht, sich als Zentralorgan an der Schnittstelle zwischen Sicherheitspolitik und Wirtschaft zu etablieren, bringt diesen Gedanken überdeutlich auf den Punkt: „Zur Zeit ist eines der größten Risiken, dass die gegenwärtig Ausgeschlossenen irgendwann Gehör finden und ihren Einfluss dann auf nationaler Ebene wieder geltend machen. Daraus entsteht sowohl für globale Unternehmen als auch für Investoren eine Herausforderung: Wie schützt man globale Unternehmensstrukturen in einer Zeit, wo sich das ‚Länderrisiko‘ im weitesten Sinne verschärft? Unternehmen müssen [sich] gegen politische und soziale Unruhen in den Nationalstaaten sichern.“<sup>213</sup>

### **8. Plädoyer für eine anti-imperialistische Bewegung**

Ist Europa also ein Imperium? Sicher! Alan Posener lässt diesbezüglich unter Berufung auf die eingangs zitierten Aussagen Olli Rehns und José Manuel Barrosos keine Zweifel aufkommen: „Kaum hätte ich zu hoffen gewagt, dass mein Buch, ‚Imperium der Zukunft‘ schon in Brüssel gelesen wird. Auch hatte ich befürchtet, dass Erweiterungskommissar Olli Rehn wegen seiner von mir zitierten unvorsichtigen Bemerkungen über Europa als ‚benevolent empire‘ von seinen Kollegen Kritik einfangen würde. Aber nein: Kein Geringerer als Jose Manuel Barroso selbst, Präsident der Kommission, hat sich diese Sprachregelung zu Eigen gemacht: ‚Europa ist ein Imperium‘. Na bitte.“<sup>214</sup> Aufgrund der beschriebenen Auswirkungen des EU-Expansionsprozesses sollte deshalb die bisherige Fokussierung anti-imperialistischer Gruppen auf die Vereinigten Staaten überdacht und die EU-Politik zumindest ebenso stark ins Blickfeld der Kritik gerückt werden.

---

213 Bowers, David: Nationale Bedrohungen für globale Bestrebungen, in: griephan global security, Herbst 2007, S. 8-14, S. 10.

214 Posener, Alan: Barroso: Europa ist ein Imperium, URL: <http://debatte.welt.de/weblogs/148/apocalypso/40641/barroso+europa+ist+ein+imperium?#comment-40802> (16.11.2007).

## Weitere Studien zur Militarisierung EUropas:

- 35/2008: Bernd Kasperek: Frontex: Zur Militarisierung der europäischen Migrationspolitik
- 34/2007: Andreas Seifert: Die Europäische Union und China
- 33/2007: Malte Lühmann: Europäische Weltraumpolitik
- 32/2007: Jürgen Wagner: Kosovo: EUropas erste Kolonie
- 31/2007: Christoph Marischka: EU-Battlegroups mit UN-Mandat
- 30/2007: Jürgen Wagner: Der Russisch-Europäische Erdgaskrieg
- 29/2007: Christoph Marischka: Bosnien - EU-Mitgliedschaft per Dekret
- 28/2007: Ali Fathollah-Nejad: Die EU-Diplomatie und der Iran
- 27/2007: Martin Hantke / Tobias Pflüger: EU-Militarisierung und deutsche Ratspräsidentschaft
- 26/2006: Claudia Haydt: Zivilisierung des Militärischen oder Militarisierung des Zivilen?
- 25/2006: Kai Ehlers: Reicht Europa bis nach Kasachstan?
- 24/2006: Stephan Heidbrink: Die EU-Rüstungsexportpolitik
- 23/2006: Christoph Marischka: Kolonialismus im Namen der menschlichen Sicherheit
- 22/2006: André Bank: Kontrollstrategien im zivilen Gewand: Die Nah- und Mittelostpolitik der EU
- 21/2006: Lutz Brangsch: Sozialabbau im Inneren und Militarisierung nach außen
- 20/2006: Arno Neuber: „Wir empfehlen Rüstungsaktien“
- 19/2006: Hannes Hofbauer: Die Balkanpolitik der Europäischen Union
- 18/2006: Johannes Plotzki: Die EU im Wettlauf um die Märkte Lateinamerikas
- 17/2006: Andrea Anton: Projekt Russland Wie sich die EU nach Osten erstreckt
- 16/2006: Uli Cremer: Kampf der Giganten? Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen
- 15/2006: Andreas Wehr: Die neue Hegemonialordnung des Europäischen Verfassungsvertrages
- 14/2006: Tobias Pflüger: Türkei und Europäische Geopolitik
- 13/2006: Hannes Hofbauer: Osterweiterung: Hegemoniale Ambitionen der Europäischen Union
- 12/2006: Christoph Marischka: Militarierte EU-Flüchtlingspolitik
- 11/2006: Jürgen Wagner: Neoliberale Geopolitik und die Absicherung der Globalisierung
- 10/2006: Claudia Haydt/Tobias Pflüger/Jürgen Wagner: EUropas verfasste Militarisierung
- 9/2006: Stephan Heidbrink: Geschichtlicher Abriss der europäischen Integration
- 8/2006: Uwe Reinecke: Perspektiven für eine andere Welt eröffnen
- 7/2006: Christoph Marischka/Jürgen Wagner: Europas Platz an Afrikas Sonne
- 6/2006: Lühr Henken: Die Finanzierung der EU-Militarisierung
- 5/2006: Lydia Krüger: Konzernmacht Europa
- 4/2006: Michael Haid: Made in Germany: Deutschlands Rolle bei der Militarisierung der EU
- 3/2006: Arno Neuber: The making of: Militärmacht EUropa
- 2/2006: Tobias Pflüger: Die Ideologie: Europa
- 1/2006: Martin Hantke: Zur Struktur und Funktionsweise der EU-Außenpolitik

Die Erstellung dieser Studie durch die Informationsstelle Militarisierung (IMI) wurde großzügig von der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt.

**Wir fordern:**  
**Soziale Sicherheit statt**  
**militärische Großmachtspolitik!**